

Mussolini in der Defensive.

Die Auffassung in Berlin.

verläßlich erfahren, beabsichtigt Reichsaußenminister
dann nicht, auf die gestrige Rede des italienischen
Ministers einzugehen und erneut um Reichstag Stellung
an ist in hiesigen maßgebenden Kreisen vielmehr der
Mussoolini selbst mit seiner gestrigen Rede die Absicht
seiner zum Abschluß zu bringen. Wert-
erdings die Feststellung Mussoolinis berührt, daß seine
improvisiert gewesen, sondern während zweiter
Gebuld überlegt worden sei. Von beson-
derheit für die hiesigen amtlichen Stellen ist die Erklärung
seiner ersten Rede zur Klärung der
unbedingt notwendig erachtete, die sich im-
getrüb habe und die zu Ereignissen
bedeutender Schwere hätte führen können.
Mussoolini der Auffassung ist, daß diese Rede durch seine
allgemein geklärt worden sei. In dieser Wendung erblickt
vielleicht die Absicht des italienischen Ministerprä-
sidenten, falls als erledigt zu betrachten.
Nicht ist weiter, daß sich Mussoolini in seiner
Rede gleichsam hinter den Brenner zurückzieht.
Zwar seine erste Rede dem Brenner zu-
nach anspricht, betont aber, daß die Anspielung
seiner Rede auf die Triestrolle am Brenner so zu
deuten sei, daß Italien niemals die Verletzung
Verträge dulden wird, die seine Grenzen
betreffen. Also auch hier begibt sich Mussoolini von der
in die Defensive. Seine erneuten Erklärungen
den Vorstoßbewegung in Deutschland Italien
geradezu flüchtig.
Aber hat Mussoolini durch seine Rede die Bot-
schäft des Königs desavouiert, wenn er in seiner Rede
diese Thronrede zur Verschlechterung der Lage
habe. Von besonderer Bedeutung ist der Hinweis
auf Italien niemals eine positive Anre-
gung zum Ergänzungspakt gegeben habe, der die
außerordentlich garantieren sollte. Demgegenüber ist
die Mussoolinis vom 20. Mai 1925 zu ver-
der er Stellung zur Briand-Note genommen
da der er ausdrücklich feststellte, daß nicht
Grenzen, sondern auch die Brennergrenze
berühren müsse. Diese Nebenwendung ist dann später
nachdrücklich worden, die Garantierung der Grenze am
nicht dazu führen, daß die Garantien für die Brenner-
grenze würden. Anregungen zu einer Garan-
tierung der Brennergrenze sind mehrfach er-
teilt festgesetzt werden, daß wiederholt Anfragen
des italienischen Amtes erfolgt sind, wie sich Deutschland
zur Garantierung der Brennergrenze stellen würde. Musso-
lini scheinen den Ton darauf zu legen, daß es zu einem
Antrag auf Garantierung der Brennergrenze nicht
kann, weil die Anfragen bereits vorher die Situation dahin
klar, daß Deutschland sich niemals auf eine Ga-
rantierung der Brennergrenze bei den Locarno-Ver-
einbarungen haben würde.

lassen nicht mehr wurde.

Daß wieder die Frage des **Gegenbuhfotts** gegen einen deutschen Postfott berührt. Es ist interessant, unbedachtlichen Bemerkungen eines kleinen Kreisles, den die offizielle Drohung der Regie gegenüberstellt. Die **deutschen Touristen** haben in den letzten Jahren eine merkwürdige Veränderung erfahren. In ihren Ausflügen waren es „traurige Gesellen“, jetzt sind sie mit herrlicher Miene auf und werfen mit einem für das italienische Volk beleidigenden Schmäh, man fleht, es ist ein vollkommener Wurm, und streifen auch, auch entgegengesetzt, daß er doch erst die um den Minderheiten in Deutschland verurteilt und hat das Gleichnis vom „Splitter und Branzengegen“. Es ist ihm offenbar nicht bekannt, in der heutigen Zeit der geringen nationalen Minderheiten in Italien, die Rechte ausgeübt sind. Zum Beispiel in den öffentlichen Volksschulen in Norddeutschland eine öffentliche Volksschule und eine private Volksschule. Demnach ist außerdem eine auf Gegenseitigkeit beruhende dieser Frage mit Dänemark zu erwarten, die den Dänemark, wie den Tönen in Norddeutschland weiter wird. In Oberdeutschland gibt es 31 Volksschulen, die polnische Unterrichtspraxis. In einer anderen Schulen wird polnische Unterrichtspraxis gegeben, die für die wendische Minorität in der Lausitz. Die **Südtiroler gleiche Rechte für sich in Anspruch nehmen**, wären sie wahrheitsgemäß sehr froh. Mussolini, Italien habe keine direkten Verpflichtungen gegenüber der Südtiroler übernehmen. Demnach man ihn darauf aufmerksam machen, selbst französische Zeitungen, für die bin, daß bei der Übernahme Südtirols abgegeben werden. Wenn Mussolini erklärt, über diese Frage Italien keine Debatte, so hängt das letzte Ende allein von Italien ab. Nach Mussolinis Behauptung, in die öffentlichen Stellen der Post und Eisenbahnen, angeblich Stellen der Post und Eisenbahnen in Berlin nicht bekannt. Wenn sich diese Behauptungen bewahrheiten sollten, so würde **sofort das** **beschrieben werden**. Bedauerlich ist es, daß gerade sich in dem „Frankfurter Kurier“ ein neuer Aufbruch findet. An zuständiger Stelle gibt man sich nicht, sondern Zweifel darüber hin, daß mit solchen Auf-

forderungen Südtirol nicht geholfen, sondern nur geschadet. Es muß mit aller Bestimmtheit immer wieder erklärt werden, daß die **Zuhenpolitik eine Reichsache ist**. Daß die Rede Stresemanns keine Unfreundlichkeit gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Held sein sollte, wird durch die heutige Erklärung der „Bayerischen Staatszeitung“, daß Stresemann in lebheinstimmung mit Held gesprochen habe, deutlich unterstrichen. Was für Bayern gilt, gilt selbstverständlich auch für andere Landtage, beispielsweise für den in Sachsen, wo die Deutschnationalen eine Anfrage gestellt haben, die nur das zuhenpolitische Gebiet betrifft.

Im allgemeinen kann man sagen, daß man in Berlin die Debatte einstellen für erledigt hält. Es hat jetzt keinen Zweck mehr, die Polemik fortzusetzen, zumal an eine wichtige außenpolitische Fragen in der nächsten Zukunft eine große Rolle spielen werden.

„Ein strategischer Rückzug.“

Die französische Presse zur neuen Mussolini-Rede.

2 Paris, 11. Februar

Die neue Rede Mussolinis wird vorläufig nur im „Gaulois“ ausführlicher kommentiert. Die übrigen Zeitungen bringen ihre Kritik zunächst nur in Ueberschriften, die zum größten Teil anerkennend sind. Die Blätter der Linken lassen aber doch bereits erkennen, daß ihnen die drohende Rhetorik Mussolinis stark auf die Nerven fällt. „Mit einer unglaublichen Eitelkeit singt Mussolini sein eigenes Lob“, sagt z. B. der sozialistische „Peuple“. Dagegen kann sich der „Gaulois“ in seinem Enthusiasmus kaum fassen. Der Artikel verdient zitiert zu werden, weil er aus der Rede Mussolinis eine Zugewandtheit für die Politik Frankreichs gegenüber Deutschlands zieht. Der „Gaulois“ schreibt: „Es ist zu erwarten, daß die Bastillen die Hände zum Himmel erheben und Angliederer über die deutsch-italienische Polemik antimmen, die Europa in seinem Schlaf aus dem weichen Kissen von Locarno lößt.“ So überraschend auch unserer Verwundungsdramatik die Antwort Mussolinis auf die Rede Stresemanns auch erscheinen mag: wir können dem Duce nur zustimmen, wenn er mit fester Hand den Scheiter der Illusion zerreißt und uns ein Deutschland zeigt, das sich schmeibet dem Zwange der Verträge beugt, aber heimlich auf krummen Wegen die Verwirklichung seiner Rebanchenträume anstrebt. Diese Zustimmung wird nicht nur durch unsere natürliche Sympathie für Italien diffundiert, das an dem gemeinsamen Siege mitgearbeitet hat und das einen Führer gefunden hat, der mit den Besiegten die Sprache des Siegers spricht. Unsere Zustimmung wird auch durch die Uebersetzung gewonnen, daß Frankreich von einer ähnlichen Gefahr bedroht ist wie Italien, während man sich bemüht, es in einem Rebel falscher Sicherheit einzuhüllen und es zum Verzicht auf seine letzten Rechte zu bewegen. Die deutschen Intrigen in Trentin begannen sich mit den ähnlichen Bemühungen, die autonomistische Bewegung im Elsaß zu schaffen. Man braucht nur die Namen zu vertauschen, damit die unwiderlegliche Argumentation Mussolinis auch für die Agenten Berlins zutrifft, die Zwietsch und Wisttrauen zu unseren elsaßischen Brüdern tragen sollen. Aus der meisterhaften Rede des italienischen Ministerpräsidenten wollen wir vorläufig nur einen Satz hervorheben: die Aufdeckung der unzulässigen These Deutschlands, daß außerhalb des Völkerbundes (und bald vielleicht mit bewußter Unterfützung des Völkerbundes) eine Kulturgemeinschaft aus allen der Machtsphäre des Reiches entzogenen Völkern deutscher Sprache zu organisieren versucht. Dies Bestreben kann Frankreich ebensowenig dulden, wie Italien.“ Der „Quotidien“ glaubt, daß die Antwort Mussolinis, wenn man die rhetorischen Wendungen beiseite läßt, kein neuer Angriff, sondern ein strategischer Rückschlag gewesen sei. Mussolini habe die gefährlichen Drohungen seiner ersten Rede, die italienische Fahne noch über den Brenner hinauszutragen, nicht mehr wiederholt.

Italienische Kommentare.

Grundsteinlegung für das Baptistidentmal in Bozen am 12. Juli.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

☞ Rom, 11. Februar.

Die Pressekommentare zur neuen Mussolini-Rede haben alle das gleiche Leitmotiv, das namentlich im „Messaggero“ zum Ausdruck kommt, daß Italien im Allotidie lediglich die Sache des Rechts vertrete und seine Siegesfrüchte verteidige, keineswegs aber italiensiere. Es handle sich um den Zusammenstoß zweier Auffassungen: einerseits das siegreiche Italien, das seine anderen Befürchtungen anerkenne als jene, die ihm von seinem Geiste der Zivilisation und Verantwortlichkeit diktiert werden, anderseits das besiegte Deutschland, das sich allmählich aufrichte, alle durch den Krieg erledigten Probleme wieder aufzurollen. Das von Mussolini gebotene Halt, das die deutschen Rationalisten als Drohung ansehen, sei nur die Hemmung eines gefährlichen Versuches, der zum Kriege führen müßte. „Popolo di Roma“ sagt, Mussolini's falcitisch energische Seite habe nicht nur Italien, sondern mehr noch Deutschland, ja ganz Europa einen Dienst erwiesen. (1) Mussolini bestimmte das die Legung des Grundsteins zum Vattisti-Denkmal in Vogen am 12. Juli, dem Eingrichtungsdate Vattistis, erfolgen wird. Die gesamte Kammer wird nach Vogen reisen. (Siehe auch Seite 3.)

Mussolini, der Völkerbundsdictator.

Zur zweiten Rede.

J. S. Der römische Senat ist auch heute noch ein parlamentarisches Forum, das an intellektueller und moralischer Bedeutung die durch ein mißrätliches Wahlgesetz zusammengebrachte Verammlung faiscistischer Vorkämpfer auf Montecitorio bedeuten überträgt. Es war vorauszusetzen, daß Herr Mussolini diesem Umstande einigermaßen Rechnung tragen und sich in diesem Kreise ernsthafter Männer einer gebildeten Sprache als dort beseßigen werde. Es ist ihm ohnehin sicher unangenehm gewesen, daß man in London, wo man im Punkte des parlamentarischen Anstandes eine geheißelte Tradition und sicheres Urteil besitzt, seine jüngsten Auslassungen als eine „Potentotenrede“ bezeichnet hat. Eine „Potentotenrede“ ist die geistige Nichts gewesen. Wir erkennen gern die Bemühung, sich im Ton Mäßigung aufzuertzen, an, und wenn daraus die Abicht spricht, die Beziehungen zwischen Italien und uns nicht noch weiter zu verschärfen, so begrüßen wir auch diese Abicht. Wir müssen aber gleich hinzufügen, daß, wenn dies Ziel erreicht werden soll, Herr Mussolini nicht nur in der Form, sondern auch in der Sache seinen Standpunkt mildern müßte, und müssen mit Bedauern feststellen, daß das nicht der Fall gewesen ist.

Tennoch wird es kaum vorröthen sein, daß der deutsche Außenminister noch einmal mit der gleichen Ausführlichkeit auf die geistige Rede repliziert, denn diese ist, wie sich bei genauerer Betrachtung herausstellt, in ihrem Kern gar nicht mehr an die Berliner Adresse, sondern an die Adresse von Genf gerichtet gewesen. Worauf es dem italienischen Ministerpräsidenten anm, das wollte er mit der unaufrichtigen Bestimmtheit, die er so gern als „fajapitischen Stil“ beigenlobt, allen Regierungen, die Mitglieder des Völkerbundes sind, und solchen, die es noch werden können, ver-
fünden. Dies aber ist dreierlei:

1. Herr Mussolini tritt inbezug auf seine friedensstörende Aeußerung von der italienischen L'Espresso, die auch über den Brenner hinausgetragen werden könne, in aller Form den Rückzug an. Er gibt diese Aeußerung, nachdem er gesehen, wie sie die italienische Politik vor aller Welt kompromittirt hat, eine „authentische Interpretation“. Aus der Farsche ist an dieser Stelle eine Eschmade geworden. Seine Worte sollten nur bedeuten, daß Italien eine Verletzung der Friedensverträge, d. h. der Brennergrenze dulden wolle. Einverstand! Die Angelegenheit ist erledigt. Ob es aber Herrn Mussolini gelingen wird, durch diese Verbeugung vor dem Urtheil der ganzen Welt Sympathie für seine weiteren Thesen zu gewinnen, wird noch zu prüfen sein. Betrachten wir nun diese:

2. Die eigentliche „Widerlegung“ Stresemanns in Mussolinis Rede besteht darin, daß die von dem deutschen Minister beflagte und befangene italienische Ansicht einer gewaltsamen Entnationalisierung der Südtiroler Deutschen auf neue bestätigt und die energische Fortsetzung dieser Politik verkündet wird. Daß dies als die „einfache Anwendung der italienischen Gesetze“ bezeichnet wird, ist nur eine wohlfeile rhetorische Fälschung. Das Recht Deutschlands, sich um das Schicksal der mit ihm in unlöslicher Kulturgemeinschaft verbundenen Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen zu kümmern, wird ausdrücklich bestritten.

3. Ebenso wird dem Völkerverbund ausdrücklich das Recht bestritten, die Frage der Behandlung der deutschen und slowenischen Minderheiten in Italien vor das Forum seines Rates zu ziehen. Italien, sagt Mussolini werde sich in keine Debatte über diesen Gegenstand einlassen, in seiner Verklammung und in seinem Räte. Daher sei die Entschliessung des Tiroler Landtages, der durch die Wiener Regierung die Angelegenheit vor den Völkerverbundsrat gebracht sehen will, vollkommen unhaltig. Italien werde sich mit der größten Energie jedem derartigen Plane widersetzen.

Was bedeutet dies alles? Wir wollen zunächst einmal davon absehen, daß die Entschliessung des Innsbrucker Landtags sich gar nicht mit der Behandlung der Südtiroler, sondern lediglich mit der Drohung eines Einmarsches in das Gebiet von Nordtirol beschäftigt. Das Recht, eine solche Friedensstörung vor den Völkerrund zu bringen, ist unbezweifelbar. Durch den Geist der Völkerrundabstufungen ist ein solches Vorgehen den Bundesmitgliedern sogar zur Pflicht gemacht. Aber wir wollen von dieser formellen Seite der Sache vollkommen absehen; das eine würde natürlich nicht ohne das andere diskutiert werden können. Sehen wir vielmehr zu, worauf es Herrn Mussolini ankommt. Es ist nicht schwer, darüber Klarheit zu gewinnen, wenn man beachtet, daß er mit großem Verdacht seine Thesen kurz vor dem Eintritte Deutschlands in den Völkerrund in die Öffentlichkeit geworfen hat. Es ist ihm bekannt, was ja selbstverständlich ist, daß die unerträgliche und unwürdige Stellung der deutschen Minderheiten in den Ländern, die den Krieg gewonnen, und noch mehr in denen, die ihn nicht gewonnen haben, von Deutschland, wenn es Mitglied des Völkerrundes geworden ist, in Genuß zur Sprache gebracht werden wird. Es muß selbstverständlich nach der Aufnahme Deutschlands in die Gesellschaft der Nationen mit der bisherigen Minderheitenpolitik, welche den Deutschen noch immer als den Ausgezeichneten und den Niedergeworfenen unter den Nationen behandelte, oder vielmehr mißhandelt, aufgeräumt werden. Es ist der deutsche Standpunkt, daß die Schaffung eines positiven, modernen, internationalen Minderheitenrechts zu den vornehmsten Aufgaben des Völkerrundes gehört. Es ist eine der Grundfeste, die errichtet werden müssen, wenn das Gebäude, in dem die Nationen friedlich beieinander wohnen, Bestand haben soll.

Die Berechtigung dieser Forderung ist in dem Gewissen aller zivilisierten Nationen verankert. Sie ist auch vom Völkerbunde bereits dadurch anerkannt, daß einzelnen Staaten, wie der Tschechoslowakei und Polen, die Verpflichtung zu vertragsmäßiger Schutze der Minderheiten in ihrem Gebiete auferlegt wird. Nur Italien hat sich dieser Verpflichtung zu entziehen gewußt, und zwar durch die ausdrückliche Zusage einer „im weiten Maße liberalen Politik“ gegenüber seinen neuen Untertanen deutscher Nationalität. Diese Versicherung hat man im alliierten Lager bei den Friedensverhandlungen von St. Germain geglaubt und mit ihr das Nachsehen gegenüber dem italienischen Anspruch auf eine Ausnahmestellung begründet. Man hat sich damals nicht träumen lassen, in welcher ironischen Auslegung des Begriffes „christlicher Gerechtigkeit“ Italien seine damaligen Zusicherungen brechen werde. Durch den Bruch dieses Versprechens aber ist die völkerrechtliche Verantwortung entstanden, deren in höchstem Maße friedensgefährdende Wirkung nur beseitigt werden kann, wenn der Völkerbund in diesem Punkte seine Mission als versöhnlicher und gerechter Gesetzgeber der Nationen erfüllt.

Hier aber tritt Herr Mussolini mit der Diktatoriene, die ihm zur zweiten Natur geworden, vor den Völkerbund und dekretiert: „Der Gesetzgeber der Nationen bin ich!“ Er erklärt es als seine Kompetenz, die Kompetenz des Völkerbundes und der Völkerbundsversammlung zu bestimmen und zu begrenzen. Auch für die Gemeinschaft der Nationen hat ihm der Grundlag zu gelten: „suprema lex duces voluntas.“ Und damit ist, wenn es nach Herrn Mussolini Willen geht, die Minderheitenfrage als eine internationale Angelegenheit ein für allemal erledigt. Soll man erst noch darauf aufmerksam machen, daß Herr Mussolini seine von Dr. Stresemann mit Recht gezeigten Ueberheblichkeiten durch eine Ueberheblichkeit gegenüber dem Völkerbund ergänzt?

In den Statuten des Völkerbundes ist der ständige internationale Gerichtshof als eine Instanz eingelegt, die für alle von den Parteien unterbreiteten internationalen Streitigkeiten zuständig ist. Es würde nichts natürlicher sein als, wenn Italien im Völkerbunde über dessen Zuständigkeit in Fragen des „Minderheitsrechtes“ in Streit gerät, die Entscheidung dieser obersten internationalen Rechtsinstanz anzurufen.

Das Recht der Minderheiten wird eine internationale Angelegenheit sein und bleiben, deren Lösung nicht allein von dem Willen eines einzigen Mannes abhängen wird. Er mag vorübergehend inslände sein, durch sein Veto im Völkerbunde die Lösung des Problems mit dem einzig möglichen Sinne zu verzögern. Die Geschichte wird über ihn hinwegschreiten und den moralischen Schaden wird, nicht erst später, sondern schon jetzt, nur das von ihm geleitete Land davontragen.

Das ist, was wir grundsätzlich Herrn Mussolini zu entgegen haben. Es soll uns nicht abhalten, noch einmal zu versichern, daß wir die ganze durch das italienische Vorgehen in Süditalien entstandene Kontroverse, auch die Verschärfung, die noch durch gewissenlose italienische Agitatoren hineingetragen worden ist, außerordentlich bedauern. Denn nichts wäre leichter, als durch eine vernünftige Bereinigung der Streitfrage dauernde Freundschaft zwischen Deutschen und Italienern, die sonst durch keinerlei Interessengemeinschaft verbunden sind, zu begründen. Wir versichern noch einmal, daß es keinen vernünftigen Deutschen gibt, der an eine Ausnutzung der Brennergrenze denkt, und wir würden auch dem bayerischen Ministerpräsidenten Feld entgegengetreten, wenn er wirklich das gesagt haben sollte, was Herr Mussolini zitiert. Wenn Herr Feld wirklich den Südtirolern „die Freiheit verschaffen“ will, so ist das sein Privatvergnügen, denn er sich an der Spitze der weißblauen Hülfsverbände, der glühenden Bewunderer des italienischen Diktators, hingeben mag.

Warum man sich tötet.

Von Heinrich Mann. (Nachdruck verboten.)

Man tötet sich sonst aus Liebe, Not oder zur Vermeidung noch schlimmerer Katastrophen als der Tod. Es sind private Todesurteile. Jeweils aber ist die Gesellschaft selbst in stärkerem Maße als sonst beteiligt. Die Selbstmorde nehmen erschreckend zu. Dann hat die Gesellschaft einen Tag beklüßelt, der vielen unangenehm scheint. Die Art des Erwerbens, der sie sich ergeben hat, stimmt vielleicht nicht mehr überein mit der Lage und den Fähigkeiten einer beträchtlichen Zahl. Jeweils erwerben sie auch, aber es bedrückt sie nicht. Sie sind in einer anderen, nicht mehr üblichen Art zu denken groß und nun schon alt geworden. Sie können die neue Art nicht mehr erlernen. Sie ziehen vor, zu sterben. Was sie tötet, ist nicht mehr die Auslöslichkeit ihres Lebens, es ist vielmehr sein Mangel an einer glaubwürdigen Begründung.

Die tödliche Folgerung hieraus ziehen nur wenige, besondere Menschen, und selbst für sie bedarf es eines größeren Anlasses. Aber annehmen ist, daß geistige Verlorenheit mitgewirkt hat in den meisten der freiwilligen Todesfälle, für die als Urheber die Wirtschaft zeichnet. Nicht gerechnet sei, daß der Tod heute allgemein indifferenter ist als vor 1914.

Die Wirtschaft hat seit dem Unglück Deutschlands einige Male Sinn und Richtung geändert. Ihr war schwer zu folgen in der Eile, und auf der Höhe blieb sich niemand durch alle diese Jahre. Der Kampf um die Anpassung war immerhin nicht ohne Reiz. Man erlebte etwas. Wer durchkam durch die Milliardenkämpfe, hatte eine schöne Betätigung seines Könnens erfahren. Die anderen unterlagen eben, sie halfen nicht erst nach. Der Selbstmord ist während der Inflationszeit unvergleichlich seltener gewesen als der Hungertod.

Wilder Zügel folgte Erschlaffung, der künftigen Bitter der Geschäfte ihr niedrigster Stand. Hier steht Befremdung ein. Die heutige Kräfte geht die Gesellschaft nur darum so viel tiefer an als alle vorigen, weil sie vielen Zeit zum Denken läßt. Wenigstens vor schon längere Zeit mit der Gesellschaft zu tun gehabt hat, denkt sie manchmal über sie nach.

Windstille und gedrückter Sinn. Man nimmt den Bestand auf, da zeigt sich, daß in den bewegten Jahren mehr Kraft verbraucht worden ist, als zur Verfügung stand, die Kraft mehrerer Leben. So jagen. Auch den nächsten Aufstieg noch abzuwarten, fällt der Kämpfer sich nicht mehr ausgeliefert. Früher hätte er seine persönlichen Verlegenheiten in das allgemeine Drumher und Drüber mit eingerechnet und auf den Schwung des Ganzen vertraut. Es mußte doch weitergehen. Jetzt kann er nicht mehr. Die Strapazen haben seinen Glauben erschüttert. Zum erstenmal sieht er seinen Ausweg. Aber in derselben Gemütsverfassung hätte er schon vor Jahren seinen mehr gesehen.

Wie respektieren die Rechte Italiens, die vertriebenen und die unterdrückten, die vor dem Gewissen der Kulturgemeinschaft bestehen können, bis zum letzten Bündnis. Aber wir verlangen auch Respekt für die unsrigen, und wir werden nicht aufhören, sie mit der Energie, welche einem großen Lande die Selbstachtung vorschreibt, zu verteidigen.

Das Ergebnis der Temesvarer Konferenz.

Die Manifestation des Besiegens. — Einstweilen noch kein Balkanpakt. — Rußland und die kleine Entente.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

11. Februar.

Als Ergebnis der Konferenz der kleinen Entente ist festzustellen, daß die Sachlage innerhalb der kleinen Entente unverändert ist. Die Konferenz hatte tatsächlich in erster Linie den Charakter der Manifestation der Lebensfähigkeit. Die kleine Entente bleibt weiterhin ein Provisorium, solange der von England und namentlich Griechenland und Rumänien gewünschte Balkanpakt nicht zustande kommt, was freilich, da die Schwierigkeiten zwischen Südbalkan und Griechenland und Südwesten und Bulgarien schwer überbrückbar sind, lange Wege hat. Englands Wunsch, auch Ungarn in den Balkanpakt einzubeziehen, dürfte daran scheitern, daß seine ungarische Regierung sich bereit finden wird, noch einmal die territorialen Änderungen des Trianon-Vertrages anerkennen. Die Schaffung des Balkanpaktes würde die kleine Entente deswegen überflüssig machen, weil die Balkanmächte dann stark genug sind, ihren Bestand gegenüber Ungarn zu wahren. Was die wichtige Frage der Anerkennung Rußlands anbelangt, vertritt die rumänische Regierung nicht die wichtigsten wirtschaftlichen Interessen der Tschechoslowakei, die trotz des jetzigen Abbruchs über kurz oder lang zur Anerkennung Rußlands durch Varga führen dürfte. Neben der Frage des enteigneten tschechischen Privateigentums in Rußland war, wie ich erwähnte, das Haupthindernis für sofortige Anerkennung seitens Rußlands die Frage der Anzahl gegenseitiger diplomatischer und konsularischer Vertreter. Während Rußland in der Tschechoslowakei sieben Vertreter fordert, will die Tschechoslowakei in Rußland, erklärt Prag, das das weit ausgehende Rußland natürlich mehr Vertreter erfordert als die kleine Tschechoslowakei. Man könnte dort nicht eine gleiche Menge russischer Vertreter massieren, als tschechische Vertreter in Rußland gestreut sind. Die Anerkennung Rußlands durch Prag dürfte sich nach englischem Muster vollziehen, nämlich so, daß die Tschechoslowakei nur denjenigen Teil Rußlands territorial anerkennt, wo die Sowjetmacht effektiv ist. Auf diese Weise würde die Tschechoslowakei beispielsweise Bessarabien nicht als russischen Teil anerkennen, womit dann Rumänien befriedigt wäre. Südbalkanien aber hätte, so sagte Rumänien, keine wirtschaftlichen Interessen in Sowjetrußland, und seine Regierung gehörte den Gegnern des sowjetischen Rußlands. So dürfte Südbalkanien Moskau in absehbarer Zeit nicht anerkennen. Zur Abrüstungsfrage hörte ich, daß die drei Mächte der kleinen Entente nur Kräfte würden, wenn die Abrüstung allgemein würde, wenn also auch Rußland abstülte.

Ueber die Ergebnisse der Konferenz ist folgendes Communiqué ausgegeben worden: Die drei Minister hätten verschiedene Tagesfragen, die ihre Länder interessierten, geprüft und vollständige Uebereinstimmung der Gesichtspunkte festgestellt. Bezüglich der nächsten Beratungen im Völkerbunde, besonders der Abrüstungskonferenz, habe man eine gemeinsame Haltung vereinbart. Entsprechend der friedlichen Stimmung der kleinen Entente sei die durch den Pakt von Locarno geschaffene Situation in West- und Zentraleuropa Gegenstand der Beratung gewesen. Der gleiche Friedenswille habe die drei Minister veranlaßt, geeignete Mittel zur Aufrechterhaltung des Friedens auf dem Balkan festzustellen. In die ungarische

Fälsheraffaire hoffe die kleine Entente im Interesse des Friedens, daß die traurige Angelegenheit vollständig aufgelöst und notwendigen Maßnahmen gefunden würden, um eine Wiederholung zu verhindern. Die kleine Entente warte die Entscheidung der Unterhändler ab. Aus der Entgegnung der Minister der feste Wille, in Solidarität und Freundschaft des Friedens der kleinen Entente zu vollenden, hervor. Die nächste Konferenz werde in der ersten Maihälfte stattfinden.

Die drei Außenminister empfingen, jeder für sich, am Ende der Konferenz die amiesenden Pressevertreter, erläuterten kurz ihren eigenen Standpunkt und beantworteten, soweit möglich, die würdig gestellten Fragen. Die Konferenz sei eine einfache Manifestation, da die langjährige, fruchtbare Zusammenarbeit der Staaten Manifestationen nicht mehr nötig habe. Die Anfrage eines ungarischen Journalisten sagte der südbalkanischen Außenminister: Die kleine Entente habe nichts gegen eine ungarische Krönung, aber wolle Ungarn internationalen Schwierigkeiten ausweichen, so müßte es auf einen König aus der Habsburger Familie verzichten. Wenn stattdessen fest, die Verhandlungen mit Moskau seien nicht abgebrochen, sondern nur unterbrochen. Dazu müßte die aufrichtige Mitarbeit Rumäniens an der Pazifizierung im Sinne Locarnos. Er erklärte, Rumänien sei im Besitz Anhänger des Balkanpaktes und der Abrüstungskonferenz.

Ueber 2 Millionen Erwerbstlose.

Die Gründe für die ziffernmäßige Verschlechterung des Arbeitsmarktes.

Zu Ende Januar erreicht die Erwerbslosenziffer regelmäßig den höchsten Stand. Bei der Zunahme der unterjährigen Erwerbslosen in der zweiten Januarieshälfte d. J. von 1767 000 auf 2 030 000 ist zu berücksichtigen, daß in diesem Zeitraum die Bestimmungen über die Einbeziehung der höher bezahlten Angestellten in die Unterstellung, sowie die Verlängerung der Unterstützungsdauer für sehr reichliche sachliche und örtliche Gebiete wirksam geworden sind. Die tatsächliche Entwicklung des Arbeitsmarktes entspricht also nicht vollst. der ziffernmäßigen Verschlechterung. In einzelnen hat die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger sich von 1 555 000 auf 1 773 000, der weiblichen von 212 000 auf 237 000 erhöht. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterhaltungsberechtigten Angehörigen der Hauptunterstützungsempfänger) ist von 2 090 000 auf 2 359 000 gestiegen.

* Der Kampf um die Lustbarkeitssteuer. Im Kreise der Berliner Theaterleiter besteht die Erwartung, daß eine Ermäßigung der Vergütungssteuer von 10 auf 5 Prozent für Theaterbetriebe, nachweislich mit Unterhaltungen verbunden, noch durch die Stadtverordnetenversammlung durchgeführt wird. Zu diesem Zwecke müßte eine Resolution der Stadtverordnetenversammlung den Beschluß der Finanz- und Steuerdeputation, der diese Ermäßigung vorschlägt, als Dringlichkeitsantrag in Rathauseinbringen. Davon abgesehen, wird der Vorstand des Verbandes Berliner Bühnenleiter gemäß eines von diesem Verband verfaßten Beschlusses um einen Empfang beim Reichsfiskus und Reichsfinanzminister bitten, um auf die große Gefahr zu verweisen, die den gesamten deutschen Theaterwesen drohe, wenn die Lustbarkeitssteuer keine Ermäßigung erfahren würde. Schon im Jahre 1924 hat der Geschäftsführer des deutschen Bühnenvereins, Rechtsanwalt Arthur Wolff, eine Eingabe um Herabsetzung der Lustbarkeitssteuer an den Reichsfinanzminister gerichtet, die bis heute keine Erledigung gefunden hat.

2. Paris, 11. Februar. (Privat-Telegramm.) Der Sonettbottschaffteit teilt mit, daß es dem Londoner Botschafter Krastin, der in Paris krank liegt, besser geht. Er werde einige Monate in Südfrankreich verbringen, um volle Wiederherstellung seiner Gesundheit zu suchen.

Bedeutung bei und hatte persönlich recht, denn er war tapfer. Im letzten sein besondere Liebe zu grade diesen Menschen, sondern sein vorurteillose Auffassung aller Menschlichen. Einem Kriegsgegner sagte er: „Sie benutzen Ihr Schwert, weil Sie darin der Stärkste sind. Sie werden aber auch den, der die stärksten Muskeln hat, nicht hindern können, sie zu benutzen.“ Von seinem Wissen sprach er nicht. Er hielt nichts vom Kriege. Trotz aller seiner jüdischen Duldsamkeit fand er die Gesellschaft des Krieges doch noch etwas ansehnlicher als die Gesellschaft der Friedenszeit. Aber er duldet sie, ja, handelte und lebte mit ihr und gegen sein besseres Wissen jahrelang.

Das besann niemandem sehr gut. Nachher wurden zwei Zweifel bei allem, was geschah, nur bestärkt. Seine Erkenntnis rächte sich, die untergang das Leben selbst, sein eigenes mit. Er fragte: „Selen Sie noch?“ Denn was gab es noch zu erfahren, nach dem alles durchschaut und von der Erkenntnis verwohnen war. Er begriff nicht mehr recht das Interesse am Leben um jeden Preis — das jede neue Generation mitbringt, aber die jetzt Jungen mehr bedingter als frühere.

Jetzt heißt es wiederzuerstehen. Vertrauen zum gesamten Bestand des Daseins soll wiederkehren — und steht anstandslos wieder, wo noch frische Kraft ist. Dagegen kommt keine permanente Wachheit auf. Die Jungen kennen nur ermutigende Wachheit. Andere darf es nicht geben. Wäre der Satz, daß die Erde sich dreht, im geringsten noch eine soziale Gefahr, heute wäre wieder die Zeit, wo er widerrufen werden müßte. Eigene Entschärfungen müßten schmerzhaft vergessen werden, das Leben will es. Das Wissen der Vorgänger ist verpöht. Wären sie die Weisesten und umfassen die Macht ihrer Erkenntnis das ganze Jahrhundert, das ihren Namen sah, sie werden rundweg gelehrt. Das ist überall in Europa, man sehe das posthume Schicksal des großen Anatole France.

Es schadet ihm nicht. Erkenntnis heißt, was sie war, das erste. Ohne sie keine Tat, die vorwärts bringt, mehr fruchtbarer Güte noch lebendiger. Man baut nicht auf, wenn man Erkenntnis tötet. Sie selbst ist das Grundgesetz jedes wirklichen Aufstehens.

Was nicht hindert, daß einem skeptischen Geist gegen die Selbstbehauptung so schwer gemacht wird wie heute. Er muß schmerzhaft ein, muß in Ungewissen seine nie verlassende Betätigung haben. Dann steht er frei. An das können führt nachsichtig sein Wandel der Gesinnungen. Das können ist überaus reichhaltig. Erst freilich kann ihm der Mut fehlen dem Ansturm dieser neuen Gesinnungen, die durchaus an gar nichts zweifeln wollen. Mit ihm ist die Gesellschaft, sie sind die Helfer. Der unerwartete Gegensatz läßt ihm seine eigene Gesellschaft nachgerade als anarchyförmig erscheinen. Er fängt an, sich der Welt entfremdet zu fühlen, er, der sie gemeinert hatte. Er zieht sich zurück, sein Haus wird zur Insel, ringsum fließt ein Graben. Tätigkeit und Geist des Lebens gehen doreist weiter, nur dienen sie seinem wahren Selbstgefühl mehr. Sie dienen der Vergänglichkeit und find Stand, nach er sie beendet. Welchen Anstoß braucht es noch, welchen Versuch? Er greift zur Waffe.

Der zweite Teil der gestrigen Rede.

[illegible]

gibt sodann eine Behauptung der Rede Strienich in der formellsten Weise dementieren muß, Behauptung, wonach die italienische Regierung in irgendeiner Weise die Verantwortung für die Ereignisse und zu irgendwelcher Zeit einen Ergänzungspakt angestrebt hätte.

... hat habe man häufig zu wiederholen, daß unsere Politik der „Politik der Einheit, eine Politik, die ich als Politik der „romantischen Einheit“ bezeichnen kann, in diesen Gebieten fortzuführen wird, die man mit viel Recht in den Kreis der Völkergemeinschaft einbeziehen will, während für uns das Ideal in die politische, geistliche, geographische, wirtschaftliche und moralische italienische Autorgemeinschaft gehört.“

Dann hat verprochen, daß Deutschland seine Haltung gegenüber den Winterhändlern innerhalb der Reichsgrenzen ändern werde, nehme dann für die Zukunft Kenntnis. Aber es kommt ist es Wahrheit, daß die Deutschen ihre ethnisch-mehr Sprache in den Gebieten dulden, wo polnische leben, und ebensowenig in Gebieten, wo dänische Menschen wohnen sind. Es ist eine Nothwendigkeit aus der allerersten von verschiedenen dänische Verbände in Schleswig an den Winterpräsidenten eine Denkschrift gerichtet haben, die ihn auffordern, in Betracht zu ziehen, daß die dänische Bevölkerung in Schleswig seit sechs Jahren darauf wartet, einen faktuellen Freistaat gemacht, die, soweit es die Schicksale des Landes betreffen werden kann, die deutschen Mit-

Die fäurige Debatte der letzten Tage hat nicht zwei M
und gegenübergestellt, sondern zwei Auffassungen
vermittelnde und heile Lage. Daher rührt das in der g
widerwärtige Interesse und die Erregung. Jetzt, wo
geschehen find, erscheint die Lage außerordentlich klar. Deut
schlichtig also innerhalb und außerhalb des
Bundes den geistlichen Schulalter in der Wei
den Deutschen zu übernehmen, sogar de
jahrreichen Deutschen im Oberrhein gebiet
dem Kriege nicht Staatsangehörige des Deutschen Reiches
zu den von uns vertriebenen dortiger, nachdenk

2. Italien wird sich in keine Debatte über die
 stand einlassen, in keiner Versammlung und
 Räte. Daher ist die Entschliebung des Tiroler
 hinlänglich.

Das sind keine Drohungen, für die zweideutige
gefaßt können. Das sind Aeußerungen der W
kraft, die durch die Wirklichkeit niemals dem
können, wie sie auch dem neuen Italiener
gegenüber allzuviel Deutsche, die bei der alten
Schreibung hängen geblieben sind, den sch
haben, es noch nicht zu fennen.

Die Fürstenforderungen im Auschuß.

Die Verfechter der Fürstenansprüche.

Die Generaldebatte über die Antlage zur Fürstenanbindung wurde heute im Reichsausschuß des Reichstages fortgesetzt. Abg. Dr. Rosenfeld (Sag.) kam vor Eintritt in die Tagesordnung auf seine in der letzten Sitzung gestellte Frage zurück, ob **deutschnationale Abgeordnete in letzter Zeit mit dem früheren Kronprinzen und dem Reichsvertreter des Hohenzollernhauses verhandelt haben**. Nach Preismitteilungen seien an Verhandlungen mit Reichsvertreter der Hohenzollern beteiligt gewesen die deutschen nationalen Abgeordneten Dr. Warth und Dr. Goeplich und Abg. Dr. Brandt (Wirthschaff, Sag.).

Dr. Bredt (Wittichsburg, Hagl.). Ich wäre es als ein ungeheurer Abg. Dr. Barth (Deutschland). Ich wäre es als ein ungeheurer Anmaßung zu betrachten, wenn man mich über meinen gesellschaftlichen Standpunkt irgendwelche Auskunft verlangen zu können. Ich habe nichts an. In der weiteren, teilweise rechtserregenden Geschäftsordnungsdebatte bezieht sich die Abg. Neubauer (Köln) und Dr. Hildebrandt (Hannover) auf die Erklärung des Abg. Dr. Hildebrandt (Hannover) in der letzten Sitzung als den Versuch einer Verhärterung seiner Teilnahme an seiner Erklärung in der letzten Sitzung. Abg. Dr. Hildebrandt hat sozialdemokratische Vorgehen als Zensur fest und bezieht sich auf die Erklärung der Generaldebatte nach dem Abg. Dr. Everling (Deutschland, Sp.) das Wort. Er wies einleitend nochmals die Angriffe zurück, die gegen ihn persönlich wegen ungenügender niedrigeren Rechtsvertretung des Herzogs von Mecklenburg gerichtet worden waren. Die Angriffe seien wohl dem Betreffenden entgangen, die Befassung wirklich nicht näher nur aus einseitigen Materialen. (1) Der Ausschuss habe sich nicht auf solchen Angriffen am wenigsten legitimiert. (2) Er habe 1923 kein Verbot erhalten, im Ausschuss kein ergänzungsanträge zur Verteilung des Militärgesetzes zu stellen, obwohl er damals Vertreter des Großherzogs von Mecklenburg sei, dem seine Ämter auch zugute kamen.

Nach weiteren Angriffen auf Dr. Rosenfeld und den ruhmreichen sozialdemokratischen Minister Feine ging Dr. Gexelung auf das im Ausschuss bisher vorgebrachte Material ein. Die sogenannte Zeitungsbeilage wurde als wertlos (?) da nirgends festgelegt ist, wovon aus dem Privatvermögen der Fürstenthäuser ein Ansehen übergegangen sei — denn nur um fürstliches Privatvermögen handelt es sich —, sondern stets nur die Bruchteile, die ihnen verblieben und die Beträge, die sie als brüderliche Unterstützung für die Angehörigen erhalten hätten. Das obige Material habe er vom Reichsministerium des Innern trotz ständiger Aufforderung nicht erhalten. In den Ausführungen des Abg. Dr. Neubauer (Hamm.) der 2,6 Millionen Gütervermögen bzw. Fürstenerfordernisse zurechnet, seien Dupletten von 500 000 Geld. Davon seien die rechte Hälfte zu betrachten. In Preußen allein gehörten 75 000 16 000 aus der Provinz Pommern. Bei Württemberg seien 9000, bei Baden 6215, bei Baden-Baden-Saarbrücken 4830, bei Sachsen-Weimar 1200, bei Bayern gar 45 930 Gelder, im Ganzen fast 150 000 Gelder zumal angeteilt. Da ferner der Durchschnittswert für den Kasten nicht 2000, sondern ca. 500 Mark betrage, seien in der Berechnung des Abg. Neubauer ¼ von vornherein zu streichen.

Der nächste Redner, Abg. Dr. Wunderlich (D. Vp.) lehnte es ab, die Auseinandersetzung über die Nichtigkeit des in den Abfindungsfällen vorgebrachten Materials fortzuführen. Das sei Sache des eingetragenen Sondergerichts. Die Entgeltungsanträge müßten die Deutsche Volkspartei ablehnen, weil sie für die Aufrechterhaltung des Privatigentums eintritt. Gegen diesen Entwurf, den ersten demokratischen Antrag, ist zu fragen, daß sie nicht der Verfassung nicht vereinbar sind. Der Kompromißentwurf würde gegen ein Sondergericht schaffen, das nicht als Ausnahmegericht bezeichnet werden kann. Dieses Sondergericht würde aus Bestritten aus allen Teilen des Reiches, weil sonst die Arbeit nicht sehr leiden würde. Das Sondergericht wäre nicht eine feste Rechtsnormen gebunden und könnte auf billiger Weise die Interessen der Lander berücksichtigen. Wenn auch der Streit herausgenommen wird, so können auch das Sondergericht umfassen um den Streit, über die Eigentumsverhältnisse im einzelnen Falle verhindern, daß das Gesetz ein Grundgesetz ausbleiben wird, der im Reich

Die Augsburger Anwaltskammer.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat der Vorsitzende des Vorstandes der Inwaltskammer Augsburg, Scheimer, Lutzitzky Beigl, die Bitte des Verlages R. v. Deder, eine Subskriptionsliste für das Handbuch des preussischen Staates 1926, in Umlauf zu setzen, abgelehnt und zur Beantwortung gesagt:

Wir Bayern sind zwar von unsrem preussischen Bundesbrüdern schon so ziemlich eingekleidet und werden die unantastbaren Bestrebungen in Berlin leider wohl noch dazu führen, daß der Rest unserer bayerischen Selbständigkeit vollständig vernichtet wird; allein bei der jetzigen Lage der Dinge ist für uns bayerische Anwälte das Bandbuch über den preussischen Staat ein recht überflüssiges und entbehrliches Hilfsmittel, so daß wohl keines unserer Kammermitglieder Veranlassung nehmen werden, sich an einer Subskription auf diese Arbeit, die für Preussen seinen Zweck kann, zu beteiligen.

Wir scheinen ziemlich weit von jener Zeit entfernt, in der gerade die deutschen Rechtsanwälte die Vorkämpfer für Rechtseinheit und Rechtseinheit waren.

Die Beratung des Reichswehretats im Auschuß

Im Hause ausständig des Reichstags führte Reichswitz
minister Dr. Gessler bei der Besprechung des Etats des
Reichs im Reichsministerium für 1926 aus, daß in die Reichs-
renten selbstverständlich nicht Reute aufgenommen werden könnten
für die der Eid, den sie leisten müßten, nicht gilt, und die nur ein-
treten, um den Eid zu verletzen und den Staat, zu dessen Schutz
die Reichsrenten bestimmt ist, umflützen wollen. Wir müssen aus der
Eigenschaft haben, und deshalb seien amtliche Auskünfte erforder-
lich, daß es sich um zuverlässige und ehrliche Reute handele.
Auf die politischen Aufgaben der vaterländischen Verbände
will ich mich in keiner Weise einzulassen. Ein
tatsächliche Bedeutung angebrochen. Ein
Haben die Verbände nicht mehr zu tun, wenn der bekannte De-
Wille in der Schweiz dargelegt ist, er habe im Gegenteil viel zu
gegen indiskret gewesen zu sein, er habe im Gegenteil viel zu
schwierigen mit Rücksicht auf das Ausland, im Unternehmungs-
band, da wurde er freigesetzt.

* Am heutigen Tage vollendet der preussische Justizminister
Am Jahnhoff das einundfiebzigste Lebensjahr.

Verhältnis zum Umfang und Besitz des Landes nicht. Was die Räumlichkeit betrifft, so konnte ich einen Eingriff in rechtskräftige Urteile, Schiedsgerichtsentscheidungen und Beschlüsse nicht mitmachen. Ein solcher Eingriff würde die rechtliche und politische Bedeutung der Folgen haben, beispielsweise die Freilassung Sachven, wo alle Teile mit dem abgeschlossenen Vergleich zufrieden sind. Der Kompromissvertrag bedeutet keine Bindung der Parteien der Abgeordneten, sondern nur eine unterzeichnet haben, aber er ist ein gute Grund für die gesetzgebende Arbeit in dieser Frage, die möglichst rasch gefördert werden sollte.

Herrn Abgeordneten Dr. Wegmann (Zentr.) wandte sich zunächst gegen den Abg. Dr. Everling. Die Arbeit des Ausschusses dürfe nicht wie ein Zivilprozeß behandelt werden. Zurückweisen sei auch die Behauptung, daß der Ausschuß sei Material nicht objektiv zusammenfasse habe. Andererseits sei nicht einzuwenden gegen eine Aussprache von Abgeordneten mit Interfessenvertretern der Fürsten. Reinesfalls dürfe der Kompromißentwurf durch die Einfügung der Minderheit nicht geändert werden, daß die bisher in vielen Särgern zur Zufriedenheit aller Teile getroffenen Regelung wieder umgestoßen werden kann. Von einer Reichsfürstlichen Familien- und Ansprüche erhoben worden, die ansehnlich übertrieben sind und starke Erregung hervorzurufen haben. Wir wollen eine gerechte und verhältnismäßige Lösung. Darum lehnen wir eine einschlägige angeloße Entgegnung ab. Wenn die Not der Reichsfürstlichen Entzignung notwendig macht, widerstreben wir nicht, doch muß sie aber allgemein durchgeführt werden und nicht auf einzelne Familien beschränkt werden.

Wir gaben kürzlich von einer Seite, die man als gut unterrichtet ansehen muß, eine Mitteilung über den Hieherank wieder, der anlässlich der Amnestie des ehemaligen Kronprinzen in Berlin am 29. Januar im früheren Hausministerium (Niederländisches Palais) veranstaltet wurde, und an dem auch eine Anzahl rechtsstehender Abgeordneter (die Deutschnationalen Barth und Professor Höpff) sowie der Führer der Wirtschaftspartei, Professor Bredt, wurden ernannt teilgenommen haben. Hierzu schreibt uns Herr Professor Bredt:

„Ich bitte berichtigen zu dürfen, daß ich auf einem Bierabech beim Kronprinzen nicht gewesen bin, sogar zum Kronprinzen überhaupt keine Beziehungen mehr habe.“

Professor Bredt hat bekanntlich im vorigen Jahre in Au-
frage der Generalverwaltung der Hohenzollern-
eine Schrift veröffentlicht, die die Denkschrift der preussischen
gierung über die Hohenzollernanbahnung widerlegen will und b
beispielsweise den Nachweis versucht, daß das Privateigent
der Hohenzollern an dem alten Schloß am Lu
arten gar keinem Zweifel unterliegen kann.

Die Deutsche demokratische Partei in Spandau veranlaßte in der überfüllten Markthalle eine öffentliche Kundgebung gegen die maßlosen Forderungen der deutschen Fürsten, in der der Reichstagsabgeordnete Brabant mit ausführlicher Begründung für den Kompromißantrag der Regierungsparteien eintrat, der allerdings wesentlich verbessert werden mußte. Die maßvollen Ausführungen des Referenten fanden in der Diskussion wenig Anhang, in der mit Rücksicht auf die Ausdehntheit eines die Interessen des deutschen Volkes genügend berücksichtigenden Reichsgegesetzes entschädigungslose Ententung verlangt wurde.

Die Ortsgruppe Halle'sches Thor-Kreuzberg und Südwest
Deutschen demokratischen Partei erklärte den Kom-
missionen Antrag zur Fürtrennung für unzulänglich, nament-
lich deshalb, weil er die Entscheidung Nichtern überläßt, während
Justiz kein Vertrauen mehr besteht, und weil die Richtlinien schon
fest sind. Gelingen es nicht, den ursprünglichen demokratischen
Vorschlag durchzuführen, dann sei die entschädigungs-
lose Entgewinnung, wie die Volkssouveränität und Volkseigenthum
sein sollen, vorzuziehen. Auf jeden Fall aber sei zunächst
Rückfrage zu stellen, um allgemein zu unterstützen.

Besitzwechsel bei den „Münchener Neueste Nachrichten“.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ München, 11. Februar.

plus guter Kunde erlange ich das
neuer Kesseln Nachrichten" in den Besitz des Freiherrn v.
Ramer-Allet übergegangen ist. Ramer-Allet, der dem n.
in Flügel der Bayerischen Volkspartei angehört, und einer
rühft bayerischen Grundbesitzer ist, hat bereits bei dem St.
auf zu gewinnen und vor etwa 1 1/2 Jahren die Anteile d.
ogenannten Ganiel-Gruppe erworben, die aber n.
genüge, um die Mehrheit zu sichern. Bei dem jetzigen Anlauf di.
sich um Anteile handeln, die sich bisher im Besi
sieddeutschen Gohmann-Lehmann-Gruppe befin
woraus sich auch indirekt Rückschlüsse auf die Finanzverhält
ziger Gruppe ergeben, die von ihren bisherigen Geldgebern o.
war im Stiche gelassen wird und außerdem noch an den Kosten
Schlichtungs-Prozesses zu tragen hat. In der politischen Haltung
„Münchener Neueste Nachrichten" werden jetzt vermutlich die
italien Einflüsse mächtiger, die alledienste dagegen geringer we
Edson in der Süditalien Frage verhält sich das Blatt me
gesproch nationalitätlich als früher, wozu sich bereits eine he
Kontrasterie zwischen ihm und dem deutschnationalen Land
abschredenen Bauer ergeben hat.

* Die „Neue Freie Presse“ in Wien sendet uns folgende Telegramm: Die Gerüchte über einen angeblichen Verkauf der „Neuen Freien Presse“ sind falsch.

* Im Rahmen der akademischen Vortragsreihe des Demokratischen Studentenbundes Berlin spricht **Professor Dr. Alf. Wendelssohn-Bartholdy**, Hamburg, Mitherausgeber der Publikationen des Auswärtigen Amtes, Dienstag, 16. Februar, ab 8 Uhr, über „Bündnisse als Friedensmittel und Kriegswaffen“. Vortrag, der im Hörsaal I der Hochschule für Politik, Schöneberg stattfindet, ist öffentlich.

* Reinhardt spielt Unruhe „Bonaparte“. Die Direktion des Deutschen Theaters teilt mit, daß Max Reinhardt jetzt u. Unruhe vollendetes Drama „Bonaparte“ unmittelbar nach der Uraufführung durch den Dichter für seine Berliner und Wiener Bühnen angenommen hat. In Anbetracht des diesjährigen frühen Hiersommers wurde von einer Aufführung in dieser Spielzeit abgesehen. Werk wird, von Reinhardt inszeniert, im Oktober 1926 in Berlin Uraufführung erleben.

Deutschlands Sitz im Völkerbundsrat.

Sollen noch mehr ständige Ratsitze geschaffen werden?

Ein französischer Schachzug: Auch Polen, Spanien, Brasilien und Belgien sollen ständige Ratsmitglieder werden! — Englische Bedenken.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

London, 11. Februar.

Der Umschwung, der angesichts der Ueberreichung des deutschen Aufnahmegefühls in den Völkerbund in Paris und in einigen anderen interessierten Staaten vor sich gegangen ist, ist um so auffällender, als gerade von dieser Seite noch vor einigen Wochen hinsichtlich des Problems der Rheinlandbesetzung Deutschland wiederholt aufgefordert worden war, dem Völkerbund beizutreten. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ gibt heute einen allgemeinen Überblick über die Rückwirkung des deutschen Aufnahmegefühls in Genf und anderen alliierten Hauptstädten, und die Schwierigkeiten, denen sich die britische Regierung gegenüber sieht. Minister, Diplomaten und juristische Sachverständige, schreibt der Korrespondent, beschäftigen sich jetzt eingehend mit dem Aufnahmegefühls Deutschlands, das auch Vertretung von Sitz und Stimme im Völkerbundsrat zur Folge haben müßte, was nun zu einem folgenreichen diplomatischen Kampfe in den verschiedenen Regierungen und selbst beim Völkerbund geführt habe. Frankreich habe mit Unterstützung einiger anderer interessierter Mächte eine Bewegung eingeleitet, die darauf hinfiele, daß gleichzeitig mit Deutschland auch Spanien, Polen und nördlicherweise Brasilien zu ständigen Mitgliedern des Völkerbunds raten zu machen. Während mit Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund würde sich nur aus fünf ständigen Mitgliedern zusammenzusetzen würde, würde ihre Vermehrung auf acht Mitglieder mit den vorübergehend gewählten Mitgliedern schließlich einen Völkerbunds rat von 16 oder gar noch mehr Mitgliedern ergeben. Der unmittelbare Zweck dieser Bewegung sei natürlich, den deutschen Einfluß im Völkerbundsrat durch eine aberwältigende antideutsche Mehrheit von vornherein zu neutralisieren. Es sei aber klar, daß diese Bewegung weit über die „Neutralisierung“ des deutschen Einflusses hinaus von größter Bedeutung für die Zukunft des Völkerbunds raten sei. Für England selbst sei die Gefahr natürlich die, daß seine Stellung ebenfalls in einem größeren Völkerbunds rat geschwächt werden würde, und daß überhaupt der ursprüngliche Zweck, Charakter und die ganze Struktur der Genfer Institution verändert werde. Das Ergebnis einer solchen Entwicklung würde der französische Politz in jedem Falle eine ständige Mehrheit sichern. Diese profranzösischen Völkerbunds ratenmitglieder würden sich aus folgenden drei Kategorien zusammensetzen:

1. aus Staaten, die mit Frankreich speziell Militärabkommen abgeschlossen haben, nämlich Belgien, Polen und die Tschechoslowakei;

2. aus Staaten, die in kultureller und sentimentaler Beziehung mit Frankreich verbunden seien, nämlich Brasilien und Spanien, das durch den Marokkorkrieg ja direkt zu einem Verbündeten Frankreichs wurde;

3. aus solchen Ländern, die im Völkerbunds rat durch Frankreich durchaus ergebene Vorkämpfer und Minister vertreten würden. Auf diese Kategorie entfielen nicht weniger als vier der gegenwärtigen zehn Völkerbunds ratenmitglieder, nämlich Japan, Brasilien und Litauen, die alle mit Ausnahme Japans vielleicht die Hauptprobleme Europas vom Pariser Gesichtspunkt aus betrachten.

Der Korrespondent untersucht hierauf die Frage, ob eine solche Vermehrung des Völkerbunds raten und die damit verbundene profranzösische Majorität wirklich von so tiefgreifender Bedeutung ist, da ja bei allen wichtigen Entscheidungen des Völkerbunds raten einstimmigkeit erforderlich sei. Die Antwort, die er selbst auf diese Frage erteilt, ist die, daß es erstens für ein oder zwei Staaten auf die Dauer sehr schwierig sein werde,

sich gegen die übrigen Völkerbunds ratenmitglieder durchzusetzen, zweitens, daß oftmals bedeutende Fragen durch Mehrheitsbeschluß entschieden würden und drittens, daß die oben angedeutete eventuelle Vergrößerung des Völkerbunds raten es immerhin möglich mache, durch Antrag den bisherigen Einstimmigkeitsbeschluß des Völkerbunds raten aufzuheben und so auch bei höchst wichtigen Fällen auf Grund des Mehrheitsprinzips zu entscheiden. Der Korrespondent geht dann insbesondere auf die Stellung Englands in einem solchen Völkerbunds raten ein und meint, es sei klar, daß eine derartige „lateinisch-afrikanische Koalition“, abgesehen von ihrer Stellung zu Deutschland, England und Schweden und vielleicht auch gelegentlich Belgien oder Japan in eine hoffnungslose Minderheit bringen würde. Eine solche Entwicklung sei natürlich unmöglich. Man müsse sich doch klar machen, daß die Zivilisation und die Kulturen des britischen Empires zu einem großen Teil sowohl in geistiger wie in materieller Hinsicht die Bedeutung des Völkerbunds raten ausmache. Hierbei würde der vergrößerte Völkerbund die augenblicklich vorherrschende oligarchische Tendenz des gegenwärtigen Rates zum mindesten erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Dann stellt der Korrespondent noch fest, daß die Dominien des englischen Empires, die auch Mitglieder des Völkerbunds raten seien, ebenso wie alle anderen Staaten zu Sitz und Stimme im Völkerbunds raten berechtigt seien. Es sei doch aber klar, daß gegen einen solchen Vorschlag sofort die heftigsten Einwendungen gemacht würden.

Das wesentlichste Argument, das man zugunsten einer Vergrößerung des Völkerbunds raten abgeben könne, sei, daß, wenn alle Hauptunterzeichner der Völkerbunds raten, zum Beispiel in einem Krieg verwickelt werden würden, bevor dem Völkerbund genügend Zeit gelassen werde, um den betreffenden internationalen Streit zu entscheiden, Spanien, Brasilien und Litauen allein den Schiedsrichter spielen müßten. Da nun aber Brasilien und Litauen während des letzten Krieges in gewisser Beziehung auf Alliierte waren, so müßten auch sie vom Schiedsrichter ausgeschlossen sein. Aber in diesem Falle, meint der Korrespondent, gebe es natürlich einen sehr einfachen Ausweg, nämlich die Entscheidung des Streitfalles durch die Völkerbundsversammlung.

Der diplomatische Korrespondent bespricht sodann in diesem Zusammenhang die Lage Deutschlands und meint, obgleich alle Mitglieder des Völkerbunds raten auf Grund der 1924 mit Deutschland geschlossenen Verhandlungen verpflichtet seien, Deutschland einen ständigen Sitz im Völkerbunds raten zu gewähren, so müßte man sich doch darauf gefaßt machen, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbunds raten vielleicht nicht so ganz glatt vor sich gehen würde. Es sei schon besser, meint der Korrespondent, man wähle das kleinere Übel und verschiebe die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbunds raten auf die Jahresversammlung im September, als daß man nun sich auf Gefährte einlasse, die durchaus den englischen Interessen und denen des Völkerbunds raten widersprechen. Alle Gerüchte, die auf dem Kontinent darüber verbreitet seien, daß die britische Regierung oder der Außenminister irgendwelche Verpflichtungen hinsichtlich der eventuellen Aufnahme neuer Völkerbunds ratenmitglieder gemacht hätten, seien grundlos. Außen Chamberlain habe während seines kürzlichen Aufenthaltes in Paris weder Briand noch den dortigen französischen Vorkämpfer Quinones de Leon irgendwelche Verpflichtungen hinsichtlich der Aufnahme Spaniens oder Polens gemacht. Jedemfalls sei sich das britische Kabinett über die Politik, die seine Vertreter während der Märztagung des Rates und der Völkerbunds tagung beobachten werden, noch nicht einig. Mit ihrer Formulierung sei erst in den nächsten Tagen zu rechnen.

Paris, 11. Februar.

Kristine Briand wird voraussichtlich an der Stelle Leon Bourgeois zum ständigen Delegierten Frankreichs im Völkerbund gewählt werden.

Brüssel, 11. Februar. (W. T. V.) Die belgische Kammer hat gestern das Schiedensabkommen mit den Vereinigten Staaten mit 115 gegen 6 Stimmen, bei 18 Stimmenthaltenheiten ratifiziert.

Das Spiel trotz der technischen Ausgeglichenheit echt musikalische Vorzüge auf, die den äußeren Erfolg des Künstlerkünstlers rechtfertigen. — Der Sonatensatz des Geigenisten Richard Klemm und des Pianisten Stefan Jelski gehört zu den Konzertleistungen, die aus Gleich und Können heraus posiblen Durchschnitte erreichen, aber im höheren Sinn jenseits von gut und böse stehen.

J. S. Der Pianist Ludwig Fischer-Schwaneer begann seinen Abend mit den überaus schwierigen, nur mit höchster Meisterhaftigkeit zu beherrschenden Variationen über ein Bach-Thema von Regner. Er spielte sie technisch gut, doch ohne tiefer dafür interessieren zu können. Besser lag seiner Art die impressionistischen zehn Préludes von Debussy, obwohl auch hier der Reiz des Farbiges ausblieb, trotz des unangenehm weichen Anschlags. Ein Talent also, das sich vom nur Pianistischen zu reicherer, künstlerischer Ausdrucksfähigkeit zu entwickeln hätte.

Zoni Saac bemühte sich um den Vortrag neuer böhmischer und slowakischer Volkslieder, doch fehlte ihrem Gesange sowohl in stimmlicher wie in musikalischer Hinsicht, noch zu viel, um künstlerische Wirkungen auszulösen.

A. D. Walter Zier hat uns mit seinen farbigen Blättern schon öfter Spaß gemacht. Er bringt Naun mit, wenn er lachet, und Ideen. Und das ist schon allerhand, wenn man als Humorist in der Kunst gelten möchte. Aber Walter Zier hat, wie jetzt seine Kollektionsausstellung in der Neuen Kunsthandlung zeigt, noch eine besondere Gabe: sein Künstlerhumor kommt aus der Realität angeborenen Fabuliers. Er malt da übrigens in einem Blatte zu etwas wie seine Selbstbiographie „nieder“. „Meine Welt“ nennt er diese farbige Handchrift. Er liegt belaudlich im Grünen, um ihn schärfen sich Affen, Löwen, Indjaner, Schweine und anderes Ungeheuer, direkt vis-à-vis von dem Kindchen in der hölzernen Wiege, und im Hintergrund ragt ein Zauberbaum aus mit fantastischen Kobolden, mit Eulen und ihren Stammesgenossen, und dicht an die Welse heran plätschert das dunkelblaue Wasser, darauf ein rotes Schiffchen, und irgendwo in der ferne Blauen die Berge, und das Zägle stimmt empor, und in der Luft pendelt ein Aufblasball. Ueber Gott und die Welt macht sich der Zeichner lustig. Doch er ist gar nicht so schlimm, wie er sich gibt, sondern mitunter bloß Märchen-geschäfer mit humoristischem Einschlag, so das schöne Blatt vom Winter es enträufelt und das von den diebischen merkwürdigen Zornbläsern. Man hat wirklich seine Freunde an den Zierischen Dingen. Und sicher machen sie auch jene Lachen, die er nicht bloß humorvoll packt, sondern schon jenseit — denn schließlich ist er im Rebenherauf aus Karikaturist —, etwa jene, die er auf Gilden aus Korn genommen, den May Kruse, den „König von Hidensee“ und den

Die deutsch-russischen Wirtschaftsverträge.

Austausch der Ratifikationsurkunden.

Heute mittag sind im Auswärtigen Amt die Ratifikationsurkunden über die am 12. Oktober 1925 in Moskau geschlossenen deutsch-russischen Rechts- und Wirtschaftsverträge ausgetauscht worden. Der Austausch wurde auf deutscher Seite von dem Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Brüning, auf russischer Seite von dem Vizepräsidenten der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken Krestinski vorgenommen. Die Verträge treten am 12. März 1926 in Kraft.

Briand bei Vandervelde.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 11. Februar.

Briand und Vandervelde haben, wie offiziell mitgeteilt wird, hauptsächlich über die politische Entwicklung nach Brüssel über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund gesprochen. Belgien hat den Wunsch, daß sein Sitz im Rat des Völkerbunds, ebenso wie der Sitz Deutschlands, fest zu werden soll. Die Beschlüsse sind nur im allgemeinen bekräftigt worden. Heute mittag ist Briand Gast Vanderveldes in der belgischen Vize-Vize. Um 5 Uhr reist der belgische Minister nach Brüssel zurück.

Die Warshawer Regierungstrife be'ge'eg

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Warschau, 10. Februar.

Der für heute abend angekündigte Austritt des Kriegsministers Zeligowski ist nicht erfolgt. Vielmehr hat die Regierung der Forderung des Generals nachgegeben und die Gesandtschaft über die höchsten Militärstellen vom Heim zurückgezogen. Im Verlaufe einer Woche soll der Entwurf genau geprüft werden, und zwar soll eine Aenderung nach der Richtung gemacht werden, daß dem Marschall Pilsudski nun doch der Eintritt in den aktiven Dienst bei der Armee ermöglicht wird. Die Regierungstrife ist somit vorläufig be'ge'eg.

Das englische Militärbudget.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 11. Februar.

Die Vorschläge für Heer, Flotte und Luftwaffen werden im kommenden Jahre um zwei Millionen Pfund niedriger sein, als die des laufenden Jahres. Das Parlament soll für die Flotte 59,25 Millionen, für das Heer 43,25 Millionen und für die Luftflotte 16 Millionen Pfund bewilligen.

Attentatsversuche gegen Primo de Rivera

Sieben Bomben zur Explosion gebracht.

Paris, 11. Februar. (W. T. V.)

Nach einer Meldung des „Journal“ aus Hendaye wird aus Barcelona berichtet, daß während des Aufenthalts des Generals Primo de Rivera in dieser Stadt mehrere Attentate an dem General verübt worden seien. Im ganzen seien an verschiedenen Punkten der Stadt, jedesmal an einer Stelle, wo sich Primo de Rivera hinbegeben hatte oder hinbegehen wollte, sieben Bomben explodiert. Die Attentate sollen von syrischen und katalanischen Elementen vor der Warteilung wegen der im vorigen Jahre verübten, ebenfalls gegen Primo de Rivera gerichteten Attentate verübt worden sein.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Paul Steinbock, für auswärtige Politik: Josef Schönbach, für Kulturelles, Vermischtes, und den unpolitischen Informationsdienst und Nachrichten: Fritz Ritz, für die Literatur: Fred Silberbrandt, für die Sport: Dr. Gotthold Wamand, für die Romanen: Fritz Engel, für die Sonstige: Dr. Adolf Koberger, für den übrigen Teil des Blattes: Fritz Ritz, für die Anzeigen: Dr. Fritz Ritz, sämtlich in Berlin. Für unterstehende eingetragene Manuskripte über die Redaktion keine Verantwortung. Druck und Verlag: Rudolf Woffe in Berlin. Dierum 2. Heft.

Gerhart Hauptmann und den Schillings. Und da wir gerade bei Schillings sind, soll nicht verschwiegen werden, daß Trier das Theater ernsthaft zu lieben scheint, und daß er die Köpfe von Meinhard und Krehn und der Werbestir in das richtige Licht setzt. Die Ausstellung ist sehr ansehnlich. Wer den Humor liebt, wird ihr ein frohes Stündchen zu danken haben.

* Hermann Wisse, der bekannte, ausgezeichnete Karikaturist, der unseren Lesern aus seiner langjährigen Tätigkeit am „Mitteldeutschland“, feiert am Sonnabend seinen 50. Geburtstag.

* Ein neuer Berliner Musikdirektor. Im Berliner Kultur-Friedrichshagen ist die Abteilung für altgriechische, byzantinische und mittelalterliche italienische Kunst jetzt vergrößert, und zu ihrem Direktor ist der bisherige Altgriechische Dr. Oscar Wulff ernannt worden. Wulff, außerordentlicher Professor an der Universität, ist heute in Deutschland der hervorragendste Kenner jenes Kunstgebietes, über das eine Gesamtdarstellung im zweibändigen Werk „Altgriechische und byzantinische Kunst“ gegeben hat. Er ist Vater von Gebert und steht im 62. Lebensjahr.

bur. Die zweite „Durchgängerin“. Am Revidenz-Theater spielt jetzt, nach Erfa v. Thellmann, Claire Kommer die „Durchgängerin“. Ludwig Juldas mit allen alten Backfisch-Lären über anderes Aufspielgeschöpf. Sie macht das auf eine sehr junge, sehr frische und sehr charmante Art, sie stolpert sehr beweglich durch die tausend Verlegenheiten ihrer Rolle und überwindet die etwas hohe Lustigkeit des Stüdes durch ihr natürliches Spiel. Im Sprachsachen nur besitzt sie noch einige Unfreiheiten. Neben ihr und dem „Durchgänger“ Curt Wesperrmann steht Hermann Picha in einem ausgezeichneten Charge.

J. E. Neues vom Subitopi. Aus den Vereinigten Staaten dem Lande, das jeder neuen Mode wie jeder neuen Möglichkeit der weite und nachhaltige Propaganda erlaubt, gelangt die überaus rasende Meldung ins alte Europa, daß der Subitopi sozusagen in den letzten Tagen liegt. War schließlich zu erwarten: denn der Subitopi erleidet ja nur das Schicksal jeder allgemeinen Mode: sie wird sehr schnell die gemeine Mode. Die New-Yorker Schoppier tragen ihn noch; die Ladies wollen ihn nicht mehr tragen. Ja, möchte jedenfalls den Frauen, die sich noch ihrer schönsten Zierde erfreuen, raten, sich nicht davon zu trennen. „Sei im Besitze, du wohnst im Reich.“ Wenn nämlich die Mode von den kurzen zu den langen Haaren übergeht, so können die von der Notwendigkeit, Verdrän zu tragen. Darf man der Geschichte trauen, so pflegen auch den kurzen Haaren immer Verdrän zu kommen, beispielsweise auch im Jahre 1826, in den Tagen der Restauration, da die Freier Verdrän verdränken, die sie „cacho-folies“ nannten. Wer also noch langer Haare sich rühmen darf, kann füglich den „Verberger des Vorhies“ entbehren.

Konzerte.

K. W. Die Kreditlage des Wirtschaftslebens macht sich mehr und mehr auch im Konzertleben bedingend fühlbar. Erste Künstler spielen vor halbieren Sälen, können nur kleine, bunt zusammengelegte Orchester zu Begleitungszwecken verpflichten; berühmte Dirigenten verzichten zugunsten des geschäftlichen Ausgleichs auf ihr Honorar. Im beschränkten Rahmen eines Kammerorchesters konzentriert umfängt vor begabte, junge Violinstimmen. Niele Duelling im Rheinland schon vorteilhaft bekanntgeworden, spielte Konzerte von Bach, Haydn und Mozart mit beträchtlicher Auswirkung auf die Hörer. Ihre Zeit dem Vorjahre erfreulich vertiefte Künstlerkraft wurde auch im Manuellen mühelos der Aufgabe gerecht. Wir dürfen von dieser Begabung noch Erhöhtes erwarten. Michael Taube leitete die zur Begleitung aufgetretenen Orchestermitglieder des städtischen Opernhauses mit bemerkenswerter Routine. — Josef Wolfsthal hatte Musiker der Staatskapelle zu einem Kammerorchester zusammengestellt, die er mit hervorragender Disziplin der Begleitung einer hochtalentierten Debutantin, Paula Bod, einzuordnen wußte. An der Solistin merkte man die Ergebnisse einer sorgfältigen Schule: laubere Geläufigkeit, Eleganz und Exaktheit der Vorgefährten. Dem sehr anspruchsvollen Programm (Händel, Rinaldo, Bach, Mozart) ging die Solistin mit frischer, intelligenter Musikalität zwar noch nicht bis auf den Grund der künstlerischen Erfüllung, aber das auffallende Talent erregte doch starkes Interesse. Bei dieser vergesslichen Einstellung wird die überlegene Weise nur eine Frage der Zeit sein.

Neben den Sonatensätzen von Clara Schumann (Violine) und Gaon Siegmund kann man nur mit wohlwollender Duldsamkeit etwas Gutes berichten. Die Violinstimmen kommt über netze spielerische Befähigung kleineren Formats nicht hinaus, weil ihnen etwas bürgerlicher Impuls der Wurf des großen Temperamentes fehlt. Der Klavierspieler Siegmund scheint noch Aufwachen zu haben, wie seine technisch zwar unperfekte, sonst aber musikalisch tieferste Darstellung der Chopin-Sonate in H-moll bewiesen hat. — Lenx Reiz-Buchheim befähigte an der Solofonate op. 91 in G-dur von Regner und an Spöhrs D-moll-Konzert schon früher gewonnene Intelle: lobenswerter Durchschmitt, dem jedoch technisch und künstlerisch ein Festes zur Vollendung mangelt. — Rosa Williamson, noch jung und hoffnungsvoll, zählt zu den Beachtenswerten, denen man bei befriedigendem Können erstmalig gern zuhört. Ihr Vortrag ist individuell belebt, aber noch keine tieferschürfende Gestaltung bzw. Nachschöpfung. (Maximi, Solo, Bach.)

Maurice Eisenbergas Cellospiel spricht in der Ratskammer gut an, während schneller Tempel Unausgewogenheit der Griffwand und Schabergänge der Bogenführung mit unterlaufen lassen. Immerhin weiß

Ein rätselhafter Selbstmord.

in Begleitung der beiden Italiener einen bekannten Künstlerklub im Berliner Westen. Obwohl sich die Gräfin sonst nie mit Politik beschäftigt hat, fing sie mit den beiden Italienern, wohl im Anschluß an die Mussolini-Rede eine Debatte über Mussolini an. Offenbar ist die Debatte unter dem Einfluß des allzu starken Alkoholgenusses sehr leidenschaftlich geworden: Die Gräfin sprang plötzlich auf und rief: „Givva Mussolini!“ Gleichzeitig forderte sie die beiden Italiener auf, mit in das Hoch einzustimmen. Die beiden Filmschauspieler weigerten sich jedoch mit der Begründung, daß sie als Mitglieder des Klubs und als Ausländer die Gastfreundschaft nicht mißbrauchen würden. Die deutschen Mitglieder des Klubs, die der Szene beigewohnt hatten, darunter auch der frühere Gatte der Maria Orffa, Hanns v. Veltheim, und der Bruder der Gräfin in der Filmregie Rudolf, nahmen gegen die Laftlosheit der Gräfin in ungewöhnlicher Form Stellung. Der ganze Auftritt hatte die Gräfin in überaus starke Erregung gebracht, sie verließ sofort den Klub, fuhr nach dem Hotel und begab sich gleich auf ihr Zimmer. Als sie am nächsten Tage in den Nachmittagsstunden nichts von sich sehen und hören ließ, fiel dies zunächst nicht weiter auf, da die Gräfin sehr oft bis zum Abend schlief. Erst als abends Frau Orffa aus dem nebenan gelegenen Gemach ihrer Schwester keine Laut vernahm, wurde sie ängstlich und rief die Hotelleitung an, die die Thür gewaltsam öffnen ließ. Man fand die Gräfin nur mit dem Nachthemd bekleidet, am Fensterkreuz erhängt, wobei Wundspuren auf dem Bett und eine auf dem Nachtlisch liegende Giletkefene wiesen darauf hin, daß die Gräfin sich zunächst hat die Fußkette durchgeschnitten wollen. Erst als ihr das nicht gelang — an den Handgelenken entbande man nur geringfügige Verwundungen — hat sie bann ihrem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Maria Orffa brach durch aus dem Hotel aus und in das Hotel ihres früheren Gatten. Die Leiche der Gräfin wird nach Wien überführt werden, wo die Beisetzung stattfindet.

Vorgestern abend hatte die Gräfin in Gesellschaft von Freunden den Zanzpalast „Barberina“ in der Hardenbergstraße aufgesucht und dort ziemlich stark getrunken. Im Laufe des Abends lernte sie zwei italienische Filmgaskünstler kennen, denen sie sich anschloß. Nach Eintritt der Polizeistunde besuchte die Gräfin

Tragödie des Alters. Mit 75 Jahren kam der Rentenempfänger Klews vor den Spandauer Strafrichter. Die Feststellung der Personalien ergab die bisherige Unbescholtenheit des alten Mannes. Er bettete und war felsenfestgenommen worden. Er mußte ins Krankenhaus aufsuchen, und als man ihn entließ, sperrte man die Rente zur Vorsehrung der Krankkosten. Dem

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin

Der Achtstundentag bei der Schupo. Seit dem heutigen Tage ist bei der Berliner Schuttpolizei der Achtstundentag eingeführt worden. Bisher hatten die Beamten täglich zwölf Stunden Dienst. Bei der heutigen Neuordnung wird aber der Sonderdienst nicht in Anrechnung gebracht, der den Beamten täglich etwa drei Stunden in Anspruch nimmt. Ebenso wie hierüber wird aus den Kreisen der Beamten lebhafteste Sorge darüber geführt, daß die fälschlich erlassene Anordnung des Berliner

Paulino in Berlin. Nach seinem glänzenden Siege über den
anderer Soldier Jones in Paris hat sich Paulino auf den Weg be-
geben und trifft heute um 7 Uhr abends auf dem Bahnhof
Siedrichstraße in Berlin ein. In seiner Begleitung befinden sich
ein Manager Desamps, sein Trainer Artus und Cas-
dova, der Präsident des spanischen Boxverbandes, der auf Pauli-
nos Wunsch als Punktrichter fungiert, so daß sich das Kampfs-
richt wie folgt zusammensetzt: Ringrichter Königl. spanischer
Punktrichter Galandva, deutscher Punktrichter Dr. Outmann.

Vonn von ausserhalb erhitzte Muster
V. Hampel, Berlin G. 2, Königs- 42b

☞ Zu geplanten Gründung des amerikanischen Kautschukexportkartells. Unser Londoner Wirtschafts- und Handelsattaché in London hat kürzlich telegraphisch uns: Die von uns bereits gebrachten Meldungen über die von einer geplanten Vereinigung der amerikanischen Kautschukproduzenten zu einer Kautschuk-Exportvereinigung und der Zusammenfassung der Guggenheim-Gruppe aus Kautschuk der Befürworter eines solchen Planes werden durch die Aussagen des Präsidenten der Anaconda-Gesellschaft gegen einen Vertreter der „Financial Times“ bestätigt. Das Zustandekommen eines solchen Exportkartells hänge jedoch von der Erreichung eines Verständnisses der dortigen Großproduzenten ab, sondern habe die Voraussetzung, dass die amerikanische Regierung auf Grund des Antitrustgesetzes nicht gegen diese Kombination vorgehen besteht ein Gesetz, Webb-Pomerens, nach dem zum Zwecke der Erhöhung von Exportpreisen Preisvereinbarungen zwischen amerikanischen Produzenten inländischer Waren verboten sind. Die Markten haben für diesen Plan eines amerikanischen Exportkartells eine starke Aufwärtsbewegung der Kautschukpreise zur Folge gehabt.

* Wochenübersicht der Reichsbank vom 6. Februar 1926.

Mässige Geldrückflüsse nach dem Ultimo.

Aktiva			
1. Noch nicht bezogene Reichsbanknoten	R.-M.	177 212 000	unverändert
2. Goldbestand (Barren, Gold) sowie in- und ausländische Fremdwährungen, das sind teils zu 1926 R.-M. berechneter Goldbestand und zwar Goldbestandbestand Golddepot (unbelastet) bei ausländischen Zentralnotenbanken	R.-M.	1 255 617 000	+ 622 000
3. Bestand an deckungsfähigen Devisen	R.-M.	1 112 636 000	+ 622 000
4. Bestand an sonstigen Wechseln und Schecks	R.-M.	142 981 000	unverändert
5. Bestand an sonstigen Kreditinstituten	R.-M.	115 538 000	+ 2 000
6. Bestand an Noten anderer Banken	R.-M.	141 337 000	+ 384 000
7. Bestand an Lombardforderungen	R.-M.	82 840 000	+ 2 626 000
8. Bestand an Effekten	R.-M.	21 289 000	+ 12 546 000
9. Bestand an sonstigen Aktiven	R.-M.	5 188 000	+ 7 607 000
10. Bestand an sonstigen Aktiven	R.-M.	239 791 000	+ 165 000
11. Bestand an sonstigen Aktiven	R.-M.	770 019 000	+ 170 325 000
Passiva			
1. Grundkapital: a) gegeben	R.-M.	122 788 000	unverändert
b) noch nicht gegeben	R.-M.	177 212 000	unverändert
2. Reservefonds: a) gesetzlicher Reservefonds	R.-M.	25 453 000	unverändert
b) Spezialreservefonds für künftige Dividendenzahlung	R.-M.	38 404 000	unverändert
c) sonstige Rücklagen	R.-M.	127 000 000	unverändert
3. Betrag der umlaufenden Noten	R.-M.	2 463 103 000	+ 85 701 000
4. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	R.-M.	76 391 000	+ 181 088 000
5. An eine Kündigungstragende Verbindlichkeit	R.-M.	570 562 000	+ 23 817 000
6. Sonstige Passiva: a) Verbindlichkeiten bei weiteren Wechseln	R.-M.	5 087 000	- 19 644 000

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 6. Februar 1926 hat der Status der Bank in der ersten Februarwoche eine Entlastung erfahren, wie sie nach dem Monatsultimo üblich ist. Die Wechselanfrage ging um 53,0 Millionen auf 141,3, Millionen R.M. zurück, wobei zu berücksichtigen ist, dass für 19,6 Millionen R.M. rediskontiert gewesene Wechsel in das Portefeuille der Bank zurückgekauft sind. Die Summe der weitergegebenen Wechsel ermässigte sich somit auf 500,9 Millionen R.M. Die Lombardanlage nahm gleichfalls ab und zwar um 5,8 Millionen auf 5,1 Millionen R.M., während die Anlage in Effekten mit 23,5 Millionen R.M. keine wesentliche Änderung zeigt. Die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten hat sich demnach um 57,7 Millionen auf 165,2 Millionen R.M. vermindert.

An Reichsbanknoten und Rentenbanknoten zusammen strömten 160,3 Millionen R.M. in die Kassen der Bank zurück, und zwar nahm der Umlauf an Reichsbanknoten um 85,7 Millionen auf 256,3, Millionen R.M. ab und der Umlauf an Rentenbanknoten um 80,5 auf 136,7, Millionen R.M.; die Bestände der Reichsbank an solchen Scheinen erhöhten sich entsprechend auf 219,5 Millionen R.M. Die fremden Gelder sind mit 76,3 Millionen R.M. ausgewiesen, das sind 18,6 Millionen R.M. mehr als am Schlusse der Vorwoche.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen stiegen um 0,6 Millionen auf 177,2 Millionen R.M., davon im einzelnen die Bestände an Gold um 0,6 Millionen auf 1 255,6 Millionen R.M. und die an deckungsfähigen Devisen um 0,2 Millionen auf 1 112,6 Millionen R.M.

Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen von 63,2 pCt. auf 65,3 pCt. gebessert.

* Analyse des Reichsbankausweises.

Geldbewegung in der Woche vom 1. bis 6. Februar in Tausend Reichsmark.

Geldzufluss durch Rückzahlung von Lombardkrediten	5767
Geldzufluss durch Wechselrückzahlung seitens d. Wirtschaft	72693
Geldzufluss durch Wechselrückzahlung von d. Wirtschaft	18644
Geldzufluss durch Giroabflüsse (und durch Gewinne)	2388
Geldzufluss durch Effektenkäufe der Reichsbank	165
Geldzufluss durch Levenskäufe der Reichsbank (und Geldabfluss durch Unkosten)	90633
Summe des Geldzuflusses	181382
Geldzufluss in Form von Reichsbanknoten	85703
Geldzufluss in Form von Rentenbanknoten	80500
Geldzufluss in Form von Noten anderer Notenbanken	12540
Geldzufluss in Form von Scheckmünzen	2636
Summe des Geldzuflusses	181382

In der analysierenden Tabelle der Geldbewegung für die Woche vom 1. bis 6. Februar ist ein Geldzufluss durch Wechselrückzahlungen seitens der Wirtschaft mit 72 693 000 R.M. ausgewiesen, indem im Reichsbankausweis der „Wechselbestand“ um 59 009 000 R.M. ermässigt erscheint, hierzu jedoch für 19 644 000 R.M. Wechsel von öffentlichen Stellen zurückgenommen werden mussten. Die „Täglich fälligen Verbindlichkeiten“ erscheinen im Reichsbankausweis um 186 562 000 R.M. erhöht, die „Sonstigen Passiva“ um 23 817 000 R.M. Die beiden Posten zusammengefasst ergeben Girozuflüsse (und Geldzuflüsse durch Gewinne) von 23 888 000 R.M. An Gewinnen liefern nach unserer Schätzung 3,1 Millionen R.M. ein, so dass die reinen Girozuflüsse 20,3 Millionen R.M. betragen dürfte. Die „Sonstigen Aktiva“ erscheinen im Reichsbankausweis um 170 325 000 R.M. erhöht. Nach Ausscheiden von 80,5 Millionen R.M. Rentenbanknoten, die diesem Konto zugeflossen sind, verbleibt ein Zuwachs der „Sonstigen Aktiva“ um 89 823 000 R.M., die einen Zufluss von „Nicht ausgewiesenen Devisen“ (einschließlich Unkosten) bedeuten dürfte. Die drei Posten „Nicht ausgewiesene Devisen“, „Deckungsfähige Devisen“ und „Gold“ zusammengefasst, ergeben sich Devisenkäufe der Reichsbank (und Geldabfluss durch Unkosten) in Höhe von 90 633 000 R.M. Die Unkosten betragen nach unserer Schätzung 1 Million R.M., so dass wir die reinen Devisenkäufe der Reichsbank auf 89,7 Millionen R.M. schätzen.

Geldbewegung im Monat vom 8. Januar bis 6. Februar in Tausend Reichsmark.

Geldabfluss durch Gewährung von Lombardkrediten	1191
Geldzufluss durch Wechselrückzahlung seitens d. Wirtschaft	329110
Geldzufluss durch Wechselrückzahlung von d. Wirtschaft	2773
Geldzufluss durch Giroabflüsse (u. Zufluss durch Gewinne)	24242
Geldzufluss durch Effektenkäufe der Reichsbank	1442
Geldzufluss durch Levenskäufe der Reichsbank (und Geldabfluss durch Unkosten)	123393
Summe des Geldzuflusses	184963
Geldzufluss in Form von Reichsbanknoten	169708
Geldzufluss in Form von Rentenbanknoten	21000
Geldzufluss in Form von Noten anderer Notenbanken	1432
Geldzufluss in Form von Scheckmünzen	1525
Summe des Geldzuflusses	184963

Im Monat vom 8. Januar bis 6. Februar waren Giroabflüsse (und Geldzuflüsse durch Gewinne) in Höhe von 24 242 000 R.M. zu verzeichnen. An Gewinnen liefern nach unserer Schätzung 12,7 Millionen R.M. ein, so dass die reinen Giroabflüsse in Höhe von 46,9 Millionen R.M. verbleiben dürfte. Die Devisenkäufe der Reichsbank (und der Geldabfluss durch Unkosten) betragen nach unserer Schätzung 6 Millionen R.M. An Unkosten wurden nach unserer Schätzung 6 Millionen R.M. ausgerechnet, so dass sich die reinen Devisenkäufe der Reichsbank auf 11,7 Millionen R.M. schätzen dürfte.

Der Vergleich der obigen Analyse mit der für die erste Januarwoche zeigt, dass die Geldrückflüsse bei weitem nicht so gross waren, wie damals, nämlich 181 Millionen R.M. gegenüber 909 Millionen R.M. Da die Ultimo-Januarbeanspruchung die Ultimo-Dezemberbeanspruchung ebenfalls stark übertraf, hat, scheint eine Tendenz zur Mehrbeanspruchung der Reichsbank vorzuliegen; denn in der ersten Monatswoche pflegen im allgemeinen um grössere Geldrückflüsse stattzufinden, je stärker die auf den Auslandskredit nach Deutschland aus die liquiden Anlagen der deutschen Banken im Auslandere verkleinert haben dürften.

*** Zuckerfabrik Thüringwerder Akt.-Ges. in Thüringwerder.** Unter Aufhebung der zum 18. Februar einberufenen Generalversammlung wird eine neue Generalversammlung auf den 8. März nach Berlin anberaumt. Vor Veröffentlichung des Jahresabschlusses 1924-25 wird Anzeige über den Verlust von mehr als 9

Hälfte des Grundvermögens gemäss § 240 HGB. gemacht werden. Der am 22. Januar zwischen der Gesellschaft und einem Konsortium abgeschlossene Vertrag wird danach zur Genehmigung vorgelegt und sodann die Entlastung der Verwaltung beantragt. Als letzter Punkt steht auf der Tagesordnung Bericht über die Entwicklung der letzten Monate und die jetzige Lage der Gesellschaft. Ueber die letzte Gläubigerversammlung haben wir im gestrigen Abendblatt berichtet.

*** Zur Telefon-Berliner und Sudicatis-Bilanz.** Die Beteiligung bei der Autofab und die Aussichten im neuen Jahr. — Wie wir im gestrigen Abendblatt bei der Besprechung der Bilanz bereits bemerkt haben, ist der Geschäftsbericht, den die Telefon-Fabrik-Akt.-Ges. vom J. Berliner für das am 30. Juni abgelaufene Rechnungsjahr 1924/25 jetzt veröffentlicht hat, recht dürftig und vor allem der Erfolgsrechnung sehr unzureichend. Die Aktionäre sollen sich mit der Feststellung zufrieden geben, dass zwar soviel verdient worden ist, dass eine „mässige“ Dividende (in Höhe von ca. 6 pCt.) hätte verteilt werden können, dass man aber für richtiger gehalten habe, den erzielten Überschuss aus Solidaritätsgründen zu erhöhten Abschreibungen zu benutzen. Um so notwendiger wäre es gewesen, Bruttogewinn, Unkosten und Abschreibungen auszuweisen. Wie anders soll man sich sonst ein Bild über das Ergebnis des abgelaufenen Jahres und über den Wert der Prognose für 1925/26 machen?

Wie wir bereits gesagt haben, macht die Telefon-Berliner-Bilanz für sich allein einen recht günstigen Eindruck, dafür ist aber die Sudicatis-Bilanz mit 3,7 Millionen R.M. Kreditoren usw. (bei 3,5 Millionen R.M. Aktienkapital) (siehe gestern) reichlich gepanzt. Die Telefon-Fabrik Berliner, deren Beteiligungen mit 5,9 Millionen R.M. (Aktienkapital 7,1 Millionen R.M.) zu Buche stehen, charakterisiert sich ja im wesentlichen als Holding-Gesellschaft. Deshalb hätte auch der Abschluss der Märkischen Telefonfabrik Akt.-Ges., der dritten Fabrikationsgesellschaft im Berliner-Konzern, veröffentlicht werden müssen; obwohl die übrigen acht Mitgliedschaften hätte man allenfalls bilanzieren alle mit Gewinn. Die Bilanz der Märkischen Telefonfabrik Akt.-Ges. ist nicht zu veröffentlichen gekommen sind, die offenbar teilweise nicht zur Ausschüttung gekommen sind. Wo die „ausserordentlichen Abschreibungen“ vorgenommen werden, zu dessen Gunsten die Aktionäre auf ihre Dividende verzichten sollen, ist aus dem Geschäftsbericht leider nicht ersichtlich. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass ein erheblicher Betrag vom Debitoren der Märkischen Telefonfabrik Akt.-Ges. auf dem Rückblick auf die Entwicklung im Radio- und in der Automobilindustrie in der Handerschaft, nicht nur in England, sondern auch in Deutschland, teilweise sehr verlustbringend war. Auf den übrigen Konten sind nur normale Abschreibungen festzustellen. Allerdings scheinen die für das Autofab-Geschäft u. a. gemachten Neuzugänge zu den letzten Jahren, die durch die Bilanz, sondern über das (unsichtbare) Unkostenkonto der Märkischen Telefonfabrik Akt.-Ges. zu den Posten „Automatische Märkische Anlagen-Baugesellschaft m. b. H. zu Berlin“ in Höhe von 100 000 R.M., sowohl nominal als auch effektiv. Ziffernmässig fällt dieser Zugang zwar kaum ins Gewicht, er ist aber faktisch von so grösserer Bedeutung, denn er verkörpert das Interesse von Telefon Berliner an der Automatisierung des Fernsprechnetzes von Deutschland. In der Automatischen Fernsprech-Anlagen-Baugesellschaft, kurz Autofab, an der die C. Lorenz Akt.-Ges., die Deutsche Telefon- und Kabelwerk Akt.-Ges. und die Mix & Genest Akt.-Ges. beteiligt sind, liegen die gesamten Aufträge der Reichspost für die Telefonautomatisierung im Jahre 1925/26, soweit sie nicht an die Partnergruppe von Siemens fallen, Schätzungsweise wird die Telefonfabrik vornehmlich in diesem Pool über ca. 11 pCt. der genannten Postaufträge verfügen. Der ausmachende Betrag, der sich auf drei bis vier Jahre verteilen wird, hat sich allerdings nicht zuverlässig ermitteln lassen, man braucht ihn aber nicht unter dem Aktienkapital der Gesellschaft anzunehmen. Dieser Umstand ist für Berliner als garantierte relative Sicherheit für die Entwicklung der nächsten Jahre, die damit einhergeht, nicht unterschätzt werden. Ausserdem ist die Wirkung des Auftrags auf die Bilanz zu berücksichtigen, insofern, als sowohl Berliner als auch vor allem Sudicatis gezwungen waren, ihre Betriebe auf die Telefonautomatisierung einzurichten, sowohl in Bezug auf die maschinellen Anlagen als auch vor allem mit Bezug auf ihre Vorräte an Materialien und Geräten. So betrachtet, ist die Anspannung der Gesamtbilanz, soweit sie die Ausdehnung der Unternehmen betrifft, nicht weiter bedenklich. Die Bank glaubt, dass die Unternehmen, die nach unseren Informationen bei dem ganzen Konzern auf ca. 2% Millionen R.M. Vielleicht besteht jetzt, wenn es „kleinere“ Auslandskredite gibt, die Möglichkeit, diese Schuld zu konsolidieren. Ausserdem ist das hier allerdings vermuthlich nicht, denn neben der Commerz- und Privatbank dürfte der Hauptkredit der Reichskreditgesellschaft sein, die an dem Unternehmen insofern ein doppeltes Interesse hat, als die Bank-Verbindung der Reichspost und der reichseigenen Vias ist, die bekanntlich 25 pCt. des Aktienkapitals von Telefonfabrik Berliner besitzt. Tageskurs 45 pCt.

*** Zur Geschäftsaufsicht beim Wilhelm-Kaufmann-Konzern.** — Genehmigung trotz ablehnenden Votums der Dresdener Handelskammer. Bekanntlich ist die vom Kaufmann-Konzern nachgeschickte Geschäftsaufsicht genehmigt worden, die Möglichkeit, diese Schuld zu konsolidieren. Ausserdem ist das hier allerdings vermuthlich nicht, denn neben der Commerz- und Privatbank dürfte der Hauptkredit der Reichskreditgesellschaft sein, die an dem Unternehmen insofern ein doppeltes Interesse hat, als die Bank-Verbindung der Reichspost und der reichseigenen Vias ist, die bekanntlich 25 pCt. des Aktienkapitals von Telefonfabrik Berliner besitzt. Tageskurs 45 pCt.

*** Aus dem Zündholzkonkern.** Wie wir hören, besteht die Absicht einer vollkommenen Fusion der deutschen Zündholzfabriken, der Stahl & Nörke Akt.-Ges. und der Friedr. Speitel Akt.-Ges. Die Transaktion ist derzeit gedacht, dass die Deutschen Zündholzfabriken Akt.-Ges. ihr Kapital um einen noch nicht feststehenden Betrag erhöhen und die anderen beiden Gesellschaften in sich aufnehmen. Die Verhandlungen dürften erst in einigen Wochen spruchreif sein.

*** Niedersächsische Elektrizitäts- und Kleinbahn-Akt.-Ges. in Waldenburg (Schles.).** Die Gesellschaft hat die Spruchstelle beim Oberlandesgericht in Breslau angereufen mit dem Antrage, ihr die Barabholung ihrer sämtlichen Anleihen (1907, 1910, 1921 I und II) unter Einzahlung einer dreimonatigen Kündigungsfrist, zum 1. Juni 1925 zu gestatten und den Ablösungsbetrag für alle Anleihen auf 80,8 pCt. des Aufwertungsbeitrages zu bestimmen.

*** Vorschläge für die Wiederaufnahme der französischen Finanzkredite.** — Der französische Finanzminister, Herr Ribot, hat am 12. Februar, meldet uns unser Wirtschaftskorrespondent, eine französische Bankgruppe unter Führung der Banque de Paris & des Pays bas hat neue Vorschläge für die bevorstehende Wiederaufnahme der Finanzverhandlungen mit Russland ausgearbeitet. Man ist bereit, den Russen die langfristigen Kredite zum Ankauf französischer Waren zu gewähren. Als Gegenleistung wird von den Banken ein Petroliumkonzession in dem Gebiete von Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny als Gegenleistung für die russische Petroliumkonzession in Baku oder Grozny gefordert. Diese soll gross genug sein, um den gesamten französischen Bedarf in Petroleum und Petroleumprodukten zu decken. Falls eine solche Konzession nicht gegeben werden könne, so müsste man die russische Petroliumkonzession in Baku oder

Die **Tendenz** war heute vormittag ziemlich schwach und bei E

Am Prämien- und Stellenmarkt war das Geschäft ruhig. Die Prämiensätze (mitgeteilt von Arthur Hirschfeld & Co., E. Charlottenburg) stellen sich ungefähr für Bochumer, Gelsenkirchener, Deutsche-Luxemburger, Mannesmann 4% per Ultimo Februar, 5% per Ultimo März, 6% per Ultimo April, 7% per Ultimo Mai, 8% per Ultimo Juni, 9% per Ultimo Juli, 10% per Ultimo August, 11% per Ultimo September, 12% per Ultimo Oktober, 13% per Ultimo November, 14% per Ultimo Dezember. Für Rheinisch-Westfälische, Dortmunder, Preussische, Sächsisch-Maschinenbau, 5% per Ultimo Februar, 6% per Ultimo März, 7% per Ultimo April, 8% per Ultimo Mai, 9% per Ultimo Juni, 10% per Ultimo Juli, 11% per Ultimo August, 12% per Ultimo September, 13% per Ultimo Oktober, 14% per Ultimo November, 15% per Ultimo Dezember. Für Schöneberger 4% per Ultimo Februar, 6% per Ultimo März, 8% per Ultimo April, Bankaktien 3 per Ultimo Februar, 4% per Ultimo März, 5% per Ultimo April, Hagap, Nordd. Lloyd 5 per Ultimo Februar, 8 per Ultimo März, 10 per Ultimo April, J. G. für Farben 3% per Ultimo Februar, 4% per Ultimo März, 5% per Ultimo April, 6% per Ultimo Mai, 7% per Ultimo Juni, 8% per Ultimo Juli, 9% per Ultimo August, 10% per Ultimo September, 11% per Ultimo Oktober, 12% per Ultimo November, 13% per Ultimo Dezember.

Am Markt der nur zu Einheitskursen notierten Wertschriften, die den Anforderungen von weiteren Publikumsabschlüssen nicht entsprechen, herrschte keine größere Nachfrage gegenüberstand, welche schwach. So ermäßigten sich Ankerwerke in Reaktion auf die

Devisen- und Banknotenkurse.
(In Reichsmark.)

Berliner Produktenverkehr.
Berlin, 11. Februar.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse.
 Getreide und Oelsaaten pro 1000 kg, sonst pro 160 kg in Reichsmark

te	6	100 Frankr.	15,463	15,705	15,532	16,597	16,94	17,262	16,53	17,01
	7	100 Italien	15,93	16,97	16,53	16,97	16,94	17,262	16,53	2,97
ca	100	100 Bulgarr.	2,98	2,99	2,98	2,99	2,9	2,965	2,9	2,97
u	6	100 Rumän.					1,75	1,79	1,78	1,82
							1,73	1,73	1,73	1,37

8	100 Gange	60,95	67,10	62,00	62,11	2,1/5	2,215	Elektrolytkupfer wire bars (t. 100 kg in M.)	135,25
—	100 Gange	61,00	67,15	62,00	62,11	—	—	Originalabütten wechsell.	—
—	100 Griedrich	6,14	6,16	2,20	2,21	—	—	Notierungen der Berliner Metallbörsen	—
—	1 Unagay	4,315	4,325	3,315	3,320	—	—	Raffinadegold 99—99,3 p. r. (fr. freien Verk.)	73,00
—	1 Unagay	4,319	4,319	4,19	4,16	4,18	—	Originalabüttenrohkt (p. r. freien Verk.)	73,00—74,00

Neu, internationalen Devisenmarkt wurden heute mittag fol-

[illegible]

Entlastung des Stamm-Konzerns. Das im Besitz der Stamm-Gesamte befindliche Aktienpaket der Schweizerischen Rückversicherungs-

licher Betrag zugeflossen sein.

* **Bergwerksgesellschaft „Glückauf“** in Saarstedt
 m. b. H. In einer Versammlung der
 über die Bildung einer Bergwerksgesellschaft Glückauf angestregten
 "richtigt". Die eine Klage wurde beim Landrat in Hildesheim

[illegible][illegible][illegible]

[illegible]